

Der Steinmetz

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt.

Schriftleitung und Verlagsstelle in
Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV.,
(Volksbaus) Aufgang B oder C. — Tel. 27 508

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgepaltene Kleinzeile 1.— Reichsmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einbindung auf Postcheckkonto Leipzig 56383; Kalkierer: L. Geiß, Zeitzer Straße 30, IV. (Volksbaus). — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 51

Sonntag, den 19. Dezember 1925

29. Jahrgang

Die deutsche Wirtschaftskrise und ihre Erscheinungen.

In der Weltwirtschaft hat sich das Blatt gewendet, England war Jahre hindurch das Land mit der größten Arbeitslosigkeit. Seit Anfang Oktober beginnt sich die englische Wirtschaftskrise zu mildern. Die Arbeitslosenziffern werden geringer. Desgleichen ist in Amerika zu bemerken. Der Auftrag des amerikanischen Stahltrusts, der immer als ein typisches Merkmal der dortigen Konjunktur bezeichnet wird, war seit langem nicht so groß als gegenwärtig. Die Konjunktur dieser beiden Staaten befindet sich also in aufsteigender Linie. Das Gegenteil ist in Deutschland der Fall. Seit September hat sich hier ein Umschwung vollzogen, der sich in den letzten Wochen in stürmischer Weise fortsetzt. Eine große Krise ist im Anmarsch. Die Arbeitslosenziffern steigen rapide, die Konjunkturziffern ebenfalls, wie nachstehende Aufstellung beweist:

	Vollerwerbslose	Konjunktur
Anfang Januar 1925	593 000	796
April 1925	319 700	687
„ Juli 1925	195 000	797
„ September 1925	231 000	887
„ Oktober 1925	266 000	1152
„ November 1925	364 000	1344
Mitte Dezember 1925	471 333	—

Eine Steigerung der Arbeitslosen um rund 30 Prozent in einem halben Monat ist bisher noch nicht dagewesen. Da es sich in diesen Ziffern nur um sogenannte Vollerwerbslose handelt, d. h. um solche, die Unterstützung beziehen, ist die Arbeitslosenziffer natürlich erheblich höher. Man kann die Gesamtzahl der Arbeitslosen auf 1 200 000 beziffern und wird damit keineswegs zu hoch gegriffen haben. Nach der letzten uns zur Verfügung stehenden Statistik der Gewerkschaften waren am 31. Oktober 5,8 Prozent Mitglieder arbeitslos, ferner gab es an diesem Tage 12,4 Prozent Kurzarbeiter, so daß mehr als ein Sechstel der Arbeiter nicht den tarifmäßigen Lohn verdienen. Inzwischen ist die Arbeitslosigkeit weiter fortgeschritten. Diese schlechten Wirtschaftsverhältnisse offenbaren sich in einer Zeit, wo ein harter Winter im Anzuge ist und das Weihnachtsfest, das heilige Fest der Liebe, vor der Tür steht. Gelobt sei die kapitalistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung!

Die deutsche Krise ist mit einer gewöhnlichen Krise der Vorkriegszeit nicht zu vergleichen. Damals handelte es sich darum, die im Fieber der Hochkonjunktur erzeugten Produkte abzulassen, um dies zu erreichen, legte der Apparat der Produktion in einigen Teilen solange aus, bis wieder Raum für vermehrte Produktion geschaffen war. Die gegenwärtige Krise ist eine Krise der deutschen Wirtschaft überhaupt, sie ist eine geistige Krise der deutschen Wirtschaftsführer, die auf das falsche Pferd gesetzt haben, die den Produktionsapparat nach der verkehrten Seite in die Breite wachsen ließen, ohne den Versuch zu machen, mit weniger Produktionsmitteln, aber mit desto größerer Ergiebigkeit, das gleiche, ja noch mehr zu erreichen. Dies muß vor allem festgehalten werden. Deshalb ist zur Reinigung und damit zur Voraussetzung einer endgültigen Gesundung eine harte Krise vonnöten. So leid uns dies auch tun mag, es ist kein anderer Ausweg vorhanden. Von selbst werden die unrentablen Betriebe nie ausgeschaltet, eine ganz eminente Herabsetzung der Preise, wie sie im Laufe der Krise erfolgen muß ist nur so möglich. Nicht mit Unrecht jagte deshalb der Hauptreferent auf der Tagung des Vereins der deutschen Maschinenbau-Anstalten: „Die deutsche Wirtschaft muß sich endlich wieder zu voller Gesundheit durchringen. Der Reinigungsprozess wird noch schwere Opfer erfordern. Aber je gründlicher und rascher sich jetzt die Entwicklung vollzieht, desto besser am Ende für uns alle. Die Lösung muß jetzt sein: Durch!“

Künstliche Mittel haben bis jetzt den wahren Gesundungsprozess verhindert. Mit dem Beginn der Währungsstabilisierung schien es, als sollte auch eine gründliche Reinigung der Wirtschaft von allen Schäden durchgeföhrt werden. Doch eine allzuweit gehende Kreditverweigerung seitens der Reichsbank verhinderte dies. Und als nun mit dem 7. April 1924 von dort der Umschwung in Gestalt einer Kreditbeschränkung kam, da schienen man eine Unterlassung nachholen zu wollen. Doch da erschienen die Auslandskredite auf dem Plane und erwirkten wieder so etwas wie eine Brausepulverkonjunktur, die bis vor einigen Monaten anhielt. 3% Milliarden Markt Auslandskapital harren jetzt der Verzinsung. Nunmehr scheint es kein Ausweichen mehr zu geben. Nur ist es schade, daß die kapitalistische Wirtschaft ihre Sünden immer den Schuldlosen büßen läßt, daß der Anarchismus ihrer Produktionsweise nur durch eine Katastrophe wieder in die rechte Bahn gebracht werden kann.

Wie soll nun der Krise zu Leibe gegangen werden, wie soll das entsetzliche Los von mehr als einer Million Arbeitslosen gemildert werden? Das ist die schwierige Frage, die zu lösen ist. Die Hochumer Handelskammer jagt in einer Erklärung, daß mit Stilllegungen und Kurzarbeit sich die gegenwärtige Wirtschaftskrise nicht überwinden lasse, sondern diese dadurch nur noch von Tag zu Tag gefährlicher werde. Das ist richtig. Es erscheint vielmehr dringend notwendig, vorhandene Arbeitsmöglichkeiten zu erhalten, soweit sie nicht unrationelle Betriebe betreffen. Das wesentlichste zur Überwindung der Krise scheint uns im folgenden zu liegen: Weitgehende Vermehrung des Abfahrs, womit eine nachfolgende Vermehrung der Produktion ohne weiteres verbunden ist. Damit einher muß eine Produktionsverbilligung gehen, die durch Rationalisierung der Produktion, Zusammenfassung gleichartiger Betriebe, Beseitigung jedes Leerlaufes, Verhinderung jedes Eingriffes in die Preisgestaltung und in die Produktion durch Kartelle und Syndikate.

Notwendig und ausschlaggebend ist hier vor allem eine fühlbare Preislenkung. Erfolgt diese in genügendem Maße, dann wird und muß eine Abwärtssteigerung eintreten. Der Inlandsmarkt ist noch genügend aufnahmefähig, wenn die Preise mit der gesunkenen Kaufkraft der Massen in Einklang gebracht sind. Auch der Export wird eine nicht geringe Belebung erfahren, wenn er durch billige Preise angeregt wird. Die Lagerbestände, die in Deutschland erschreckend hoch sind, müssen unter enormem Preisdruck geräumt werden. Sind die Bestände auf diese Art verschwinden, dann wird und muß der Produktionsapparat wieder in Gang gesetzt werden. Und dann wird dies wahrscheinlich unter bedeutend verbesserten Vorbedingungen und Ausblicksmöglichkeiten geschehen.

Preisabbau ist also das A und O einer Wirtschaftsgeldung in Deutschland. Dies scheint auch die jetzt im Sterben liegende Regierung eingesehen zu haben, denn in einer ihrer Sitzungen nach der Rücktrittserklärung hat sie eine Reihe weiterer Maßnahmen

zur Senkung der Preise und Befreiung der Wirtschaft von äußeren Einflüssen beschlossen. In einem Gesetzentwurf zur Förderung des Preisabbaues werden eine Reihe wichtiger Maßnahmen beschlossen. Da ist zuerst die Aufhebung der Kriegsvorordnung über die Geschäftsaufsicht. Die Möglichkeit sich unter Geschäftsaufsicht begeben zu können, war zuletzt eines der wesentlichsten Hindernisse für den Abbau des übersehten Wirtschaftapparates. Nach den Vorschriften sollen die Vorverhältnisse auf diesem Gebiete wieder hergestellt werden, wo nur ein Zwangsvergleich und der Konkurs vor dem Amtsgericht geschlossen werden konnte. Ferner soll die Beseitigung der Ausnahmebestellung von Zwangsorganisationen, die bisher nach der Kartellverordnung vom 2. November 1923 nicht zu fassen waren, angeht werden. Hierher gehören vor allem die Innungen und Innungsverbände, die teilweise noch eine schlimmere Preispolitik getrieben haben als die Kartelle. Ferner sollen Vorschriften über das Festhalten von Brot usw. erlassen, Herabsetzung des Apothekeraufschlages erstrebt werden und einiges andere. Man kann der Regierung in der Hauptsache zustimmen, nur weiß man noch nicht, was an die Stelle der früheren Luther-Regierung treten soll. Jedenfalls wird es notwendig sein, auch die zukünftige Regierung zur Beschleunigung dieser Maßnahmen zu drängen.

Die Not des arbeitenden Volkes steigt von Stunde zu Stunde. Die Ziffern der Arbeitslosen wachsen, die kapitalistische Wirtschaftsweise vermag einer großen Zahl von Kopf- und Handarbeitern keine genügende Beschäftigung zu bieten. Der fehlerhafte Kreislauf des gegenwärtig bestehenden Systems — Ueberfluß auf der einen und Mangel auf der anderen Seite — befestigt sich wieder einmal in hervorragender Weise. Der Kapitalismus vermag die Schwierigkeiten seiner Produktionsweise nur unter ungeheuren Schädigungen von Millionen unschuldiger Menschen zu überwinden. Mehr als bisher muß die Beseitigung dieses Systems angestrebt werden. Doch da wir solange nicht warten können, müssen nächstliegende Maßnahmen entschlossen in Angriff genommen werden. Diese bestehen in der Beseitigung aller Krankheitsercheinungen, wie sie dem Produktionsapparat noch anhaften. Darüber hinaus müssen Mittel vom Reich, den Ländern und den Gemeinden flüssig gemacht werden, um die größte Not unter den Erwerbslosen und Kurzarbeitern lindern zu können. Denn das bestehende Produktionsystem ist es wahrhaftig nicht wert, daß seinetwegen auch nur eines der Opfer auf der Straße bleibt.

Die Gewerkschaftsvorstände zur Wirtschaftslage.

Der Bundesausschuß des ADGB beschäftigte sich in einer Sitzung am 8. und 9. Dezember vor allem mit der jetzigen Wirtschaftskrise und ihren schweren sozialen Folgeerscheinungen. Nach einer eingehenden Debatte faßte der Bundesausschuß die Forderungen, die er zur Überwindung der Wirtschaftskrise und zur Erleichterung des Schicksals der von ihren Auswirkungen betroffenen Arbeitnehmer zu stellen hat, in folgender einstimmig angenommenen Entschließung zusammen:

Durch die augenblickliche Wirtschaftskrise sind bereits mehr als eine Million Arbeiter völlig aus dem Produktionsprozess ausgeschaltet und weitere große Massen nur noch teilweise beschäftigt. Die Gewerkschaften haben unablässig und schon zu Zeiten, als die wirtschaftlichen Voraussetzungen günstiger waren, die Bereinigung der Wirtschaft von allen parasitären Gebilden und überflüssigen Kosten gefordert. Das ist leider erfolglos geblieben. Das Unternehmertum hat die Bereinigung der Wirtschaft nur im Abbau der Sozialpolitik, in der Entlassung von Arbeitnehmern, in einer Niedrighaltung der Arbeitslöhne und Verlängerung der Arbeitszeit gesehen. Geblieben sind die überflüssigen Unternehmenszweigen, die viel zu vielen Direktoren, leitenden Beamten und Aufsichtspersonen, der Leerlauf ungenutzter Produktionsmittel, die viel zu hohen Handelszinsen und Zwischenhandelsgewinne, sowie die unerträglich hohen Geldzinsen. Während auf der einen Seite die Kaufkraft der breiten Massen abgedrosselt wurde, unterließ auf der anderen Seite die notwendige und mögliche Senkung der Preise.

Das Mißverhältnis zwischen Kaufkraft und Warenpreisen mußte zu einer Ablass- und damit auch zu einer Produktionskrise führen. Aus dieser Erkenntnis geht mit vollkommener Klarheit hervor, daß diese Krise nicht behoben werden kann durch eine weitere Senkung der Löhne und der Kaufkraft der noch Arbeitenden, sondern daß dies im Gegenteil unfehlbar zur Verschärfung und Verlängerung der Krise führen müßte. Zur Gesundung der Wirtschaft ist die Hebung der Kaufkraft der breiten Masse ein unbedingtes Erfordernis. Nichtsdestoweniger mehren sich die Meldungen, daß Unternehmer die gegenwärtige Notlage dazu ausnützen, unter Androhung der Entlassung willkürlich Lohnkürzungen vorzunehmen. Aus sozialen und allgemein volkswirtschaftlichen Gründen legt der Bundesausschuß gegen diese Veruche die schärfste Verwarnung ein und fordert bei dem gerechten Abwehrkampf alle mögliche Unterstützung der Öffentlichkeit und der Behörden. Der Bundesausschuß verschließt sich nicht der Erkenntnis, daß neben den Fehlern und Versäumnissen der inneren Wirtschaftsführung krankhafte Erscheinungen in der Weltwirtschaft und besonders der europäischen Wirtschaft die deutsche Wirtschaftskrise verschärfen. Statt durch die Herstellung einer europäischen Wirtschaftseinheit eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Gesundung in allen Ländern zu schaffen, werden um die einzelnen nationalen Wirtschaften Zollmauern errichtet und erhöht. Der Wahnsinn dieses Beginns wird durch die gleichzeitige Krise in den verschiedenen Ländern Europas aufs anschaulichste illustriert. Die Gewerkschaften richten an die Reichsregierung das dringende Verlangen, energisch und führend die Pläne einer wirtschaftlichen Vereinigung der europäischen Länder zu fördern. Den Opfern der durch eine verfehlte Wirtschaftsführung hervorgerufenen Krise die Lebensmöglichkeit zu sichern und ihre Arbeitskraft zu erhalten, ist ein unbedingtes soziales sowie volkswirtschaftliches Gebot. Die bisher vom Reichstagsausschuß beschlossene Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung kann den tatsächlichen Bedürfnissen in keiner Weise genügen. Neben einer ausreichenden Unterstützung völlig Arbeitsloser ist auch Kurzarbeitern eine solche zu gewähren. Ferner sind die den Bezug von Unterstützung vielfach einschränkenden Bestimmungen der heute noch bestehenden Regierungsverordnung über Erwerbslosenfürsorge zu ändern bzw. zu beseitigen. Der produktiven Erwerbslosenfürsorge müssen von Reich und Staat die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Arbeitslosen mit wirtschaftlichen Notstandsarbeiten umfassend zu beschäftigen. Für die Durchführung

von Notstandsarbeiten, Vergebung von Arbeitsaufträgen und Arbeitsbeschäftigung ist ein enges Zusammenarbeiten aller Reichsämter, der einzelnen Länder und Gemeinden notwendig. Um eine klare Rechtsgrundlage der künftigen Erwerbslosenfürsorge zu schaffen, ist eine beschleunigte Verabschiedung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes unerlässlich.

Im weiteren Verlauf der Bundesausschussung erstattete Splietz Bericht über die bisherigen Beratungen des Sozialpolitischen Ausschusses des ADGB zum Entwurf des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Der Rechtsanspruch auf die Versicherungsleistungen entsprechend der Verdiensthöhe wurde zugestimmt mit der Maßgabe, daß die Mindestunterstützungssätze, wie sie der Entwurf vorsieht, erhöht und auch höhere Lohninkommen, etwa bis zu 60 Mk. wöchentlich, bei der Bemessung der Unterstützung berücksichtigt werden. Es wird die Einbeziehung der Kurzarbeiterunterstützung verlangt. Der Rechtsanspruch auf die Versicherungsleistungen muß restlos durchgeführt werden. Hinsichtlich des Personalfreises, der Pflichtarbeit und der Streik Klausel muß der Entwurf grundlegend umgestaltet werden. Der Kosten- und Gehaltenausgleich der Versicherung muß auf einem Beitrag aufgebaut werden, der für das ganze Reich und für alle Gewerbe einem einheitlichen Prozentsatz der Löhne entspricht. Der Verwaltungsaufbau der Versicherung muß so geregelt werden, daß die Beitrags-träger — Versicherte und ihre Arbeitgeber — entscheidenden Einfluß auf die Verwaltung und die Geschäftsführung der Versicherung erhalten. Da die Arbeitslosenversicherung und der öffentliche Arbeitsnachweis organisch verbunden sein müssen, ist auch der Arbeitsnachweis dem entscheidenden Einfluß der Wirtschaft, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zu unterstellen.

Der Bundesausschuß stimmte diesen Ausführungen einmütig zu. — Ueber die weiteren Beschlüsse wird in der nächsten Nummer des „Steinmetz“ berichtet.

Von der westlichen Steinindustrie.

J. B. Die Unternehmer nutzen die Not der Arbeiterschaft und die Wirtschaftskrise aus und legen bekanntlich jeder Lohnforderung den schärfsten Widerstand entgegen. Der Verband der Steinbruchbesitzer an der Ruhr faßte in der Generalversammlung den Beschluß, unter allen Umständen eine 10 prozentige Lohnherabsetzung durchzuführen, trotzdem mit unserem Verbands noch ein Vertragsverhältnis besteht, sind einige Unternehmer bereits dazu übergegangen und haben unsere Kollegen vor die Alternative gestellt: „Bogel früh oder stirb!“

Von dem Landesarbeits- und Berufsamt der Provinz Westfalen und Lippe sind in den letzten Monaten 121 Beschäftigungsgenehmigungen für italienische Arbeiter erteilt worden, trotzdem die Gauleitung dieser Behörde mitteilte, daß sie in der Lage wäre, genügend deutsche Facharbeiter zu vermitteln. Zur Zeit haben wir also die traurige Tatsache zu verzeichnen, daß deutsche Facharbeiter entlassen werden, während Ausländer, die erst einige Monate in Deutschland sind, weiter arbeiten können. Einige Unternehmer brüsten sich bereits damit, im kommenden Frühjahr nur noch italienische Arbeiter zu beschäftigen. Der Grund ist wohl der, weil italienische Steinarbeiter noch bedürftiger sind wie deutsche und sich um keine tariflichen Abmachungen, Achttundentag usw. kümmern.

Zur Regulierung des Arbeitsmarktes ist eine verständnisvolle Zusammenarbeit aller Wirtschaftskräfte und Organisationen nötig. Eine von uns vorgeschlagene Regelung auf diesem Gebiet begegnet in Unternehmerkreisen starkem Mißtrauen. Der Spdnibus glaubt, wir würden unsere streikenden Kollegen unauffällig in das Ruhrlandsteingebiet abschieben oder aus lohnpolitischen Gründen das Gebiet sperren usw. Diesen Unsinn zu widerlegen, halten wir für überflüssig. Die Weigerung rührt nur daher, weil das Landesarbeits- und Berufsamt der Provinz Westfalen den Unternehmern bisher in der Bewilligung von Beschäftigungsgenehmigungen weitgehend entgegengekommen ist und unsere Vermittlung abgelehnt hat. Gegen diese Erteilung von Beschäftigungsgenehmigungen legen wir den schärfsten Protest ein, das letzte Wort ist hierüber noch nicht gesprochen! Die Arbeitslosigkeit im Ruhrlandsteingebiet ist entstanden, weil die Abnehmer die Aufträge zurückgezogen haben. Aus welchen Motiven heraus dies geschah, wissen wir nicht mit Bestimmtheit. Wir glauben allerdings nicht, daß dieses nur aus Geldknappheit geschehen ist. Insbesondere liegen die Kommunen durchbildet, daß die Verkaufspreise zu hoch seien. Es ist Tatsache, daß die Verkaufspreise ab Frühjahr zum Teil ganz erheblich gestiegen sind, während man aber den Lohnforderungen den schärfsten Widerstand entgegensetzte. Bei den Lohnverhandlungen bekommen wir vielfach nahegelegte Schritte bei den Behörden zu tun, damit Aufträge herausgegeben werden. Wir haben uns auch bereit erklärt, gemeinam vorzugehen, das wurde aber strikte abgelehnt, und wurde uns indirekt zu verstehen gegeben, daß wir unsere Nase nicht in die Verkaufspreise zu stecken hätten.

Wenn weiterhin auf der Generalversammlung Klage geführt wurde, daß die Ruhrlandstein-Industrie vernachlässigt und schwebendes Material bezogen wird, so liegt dieses zum Teil daran, daß bei guter Geschäftslage Nichtfachleute und jugendliche Personen selbständig zum „Kippen“ von Pflastersteinen herangezogen werden. Die von diesen Leuten hergestellte Ware ist allerdings keine Qualitätsarbeit, mit diesen Gepflogenheiten müssen die Unternehmer Schluss machen, sie können bei gerechter Bezahlung deutsche Facharbeiter gewinnen.

Der Verband wird keine Verschlechterung hinnehmen und wenn es den Unternehmer gelingt, in einigen Fällen die Arbeiter zu bewegen, einen Kebers zu unterschreiben, der verschlechterte Löhne vorsieht, so tun die Kollegen dieses nur unter dem Druck der Verhältnisse. Die Unternehmer sollen sich aber nur nicht einbilden, daß die Arbeiter mit der Maßnahme der Unternehmer zufrieden sind. Der Zeitpunkt ist herangerückt, wo die Kollegen begreifen, daß die Hartnäckigkeit der Unternehmer nur mit der Schlagkraft der Organisation gebrochen werden kann. Man verlasse sich nicht auf die Gutmütigkeit und das soziale Verständnis des einzelnen Unternehmers, denn im großen ganzen sind alle nur auf ihr eigenes Wohlergehen bedacht.

Erfruchtlicherweise hat sich nun das Landesarbeits- und Berufsamt der Rheinprovinz und Lippe bereit erklärt, durch enges Zusammenarbeiten der fachlichen Vertreter der Industriezweige den Arbeitsmarktausgleich zu fördern. Es wurde ein Sachausschuß für Steine und Erden ins Leben gerufen und für jede Industriezweige ein Unterausschuß. Der Unterausschuß für Naturstein besteht aus 2 Unternehmern und 2 Arbeitern und je zwei Stellvertretern. Nach

Dem Berichte der Gewerbeaufsichtsämter von 1921 entfallen auf die Rheinprovinz für die Gruppe „Natursteine“ 1100 Betriebe mit 16 000 Arbeitern. Die Hauptgebiete sind im Regierungsbezirk Koblenz mit rund 500 Betrieben und 6500 Beschäftigten. In Frage kommt Basalt, Basaltlava und Luffstein. Im Regierungsbezirk Köln liegen die Grauwacken-Steinbrüche mit 160 Betrieben und 3200 Beschäftigten. Etwa 2000 Steinarbeiter in 200 Betrieben zählt der Regierungsbezirk Trier in den Moselfandstein und Schieferbrüchen und der Obersteiner Schmelzstein-Industrie. Der Ralkstein wird hauptsächlich im Regierungsbezirk Aachen und Düsseldorf gewonnen. Im Bezirke Aachen werden rund 900 bis 1000 Mann in 35 Betrieben beschäftigt. Im Dornaper Gebiet mit seinen Ausläufern kommen etwa 2000 Arbeitsträfte in 55 Betrieben in Betracht. Vom Ruhrlandstein liegen genaue Angaben nicht vor. Abhängig von den Produktionsveränderungen ändert sich auch der Marktbedarf. Umgruppierungen und Verschleibungen werden notwendig, ein größeres Ab- und Zufüllen findet statt, dadurch steigen auch die Anforderungen an einen geregelten Arbeitsmarktausgleich. Der Unterausschuß für Naturstein hat sich zur Aufgabe gemacht, die Behörde hierin zu unterstützen. Alle in der Steinindustrie vorhandenen Wirtschaftsverbände haben ihre Mitwirkung an dem Ausbau zugesagt mit Ausnahme des Arbeitgebersverbandes der Ralk- und Dolomitalindustrie, die jede Mitwirkung verweigert; ausländische Arbeiter aber öfters anfordert. Daß die deutschen Arbeiter wenig Lust verspüren, sich in diesem Gebiete festzusetzen, liegt an den dortigen Lohnverhältnissen. Ein Ausgleich ist nur zu schaffen, wenn die Unternehmer sich lohnpolitisch anders einstellen.

Nach Bericht der Gewerbeaufsichtsämter betrug die Friedensproduktion in Ralk jährlich 6 1/2 Millionen Tonnen. Dolomit dient als Rohstoff und gebrannt der Eisen- und Stahlerzeugung. Als Wasser, Weiß- und Düngesalz verschiedenen anderen Abnehmern, besonders dem Baugewerbe, der Landwirtschaft, der chemischen Ralkstoff- und der Zuderindustrie. Für 1924 wird angegeben, daß 6,8 Millionen Tonnen Steine gebröckelt wurden, davon wurden geliefert direkt an Verbraucher 1,6 Millionen Tonnen Rohsteine und 80 000 Tonnen gemahlener Ralk. Der Rest, rund 5 Millionen To., wurde in 264 deutschen Ralkwerken mit 14 240 Arbeitern verarbeitet. Die abgesetzten Mengen blieben bis auf 37 000 Tonnen im Inlande. Auf der Tagung des Ralkbundes im Juni 1925 wurde auf den großen Leerlauf hingewiesen, der, gemessen an der Gesamtleistungsfähigkeit, noch immer 60 v. H. betragen soll. Mit ihren Anforderungen stark zurückgeblieben sind besonders das Baugewerbe und die Landwirtschaft. Im Westen zieht sich ein Ralkgebiet von Brilon über Letmathe bis Dornap, dann sind als weitere Vorkommen die Eifelkalkmulden und die Kohlenkalk im Aachener Gebiet zu nennen.

In einer Fortsetzung wird auf die übrigen Gesteinsgruppen noch näher eingegangen werden.

Das Problem der technischen Arbeiterschulung.

„Die Ausbildungsfragen der Arbeiter in der deutschen Industrie stehen heute mit im Vordergrund des Interesses.“ Mit diesen Worten eröffnete der Vorsitzende der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Herr v. Borfig, am 23. November eine Tagung des Arbeitsausschusses für Berufsausbildung. Der Arbeitsausschuß für Berufsausbildung (A. f. B.) ist eine Gründung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, des Industrie- und Handelstages, des Ausschusses für Technisches Schulwesen und ähnlichen Organisationen. Am 6. Oktober wurde außerdem in Düsseldorf das „Deutsche Institut für technische Arbeiterschulung“ errichtet, dessen Vorsitzender Herr Dr. Böger ist. Diese wichtige Tätigkeit der Unternehmer und ihrer Verbände und die Tatsache, daß sich die besten Köpfe ins Zeug legen, beweist, ein wie großes Interesse dort der Berufsausbildung der Arbeiter entgegengebracht wird.

In der Korrespondenz Reichsindustrie, wo über die Sitzung des A. f. B. berichtet wird, heißt es deshalb auch ganz richtig: „Wir kommen aus dem Zwang unserer Wirtschaft: Erhöhung der Produktion pro Mann, nicht heraus. Durch größte Entfaltung der beruflichen Energien, soweit die Arbeiterberufe in der Industrie in Frage kommen, erscheint eine bedeutsame Aufgabe des A. f. B.“ Erhöhung der Produktion pro Mann, Steigerung der Ergiebigkeit der menschlichen Arbeitskraft, das ist das Ziel, das sich die Unternehmer gestellt haben. Man scheint eingesehen zu haben, daß dies auf dem primitiven Wege der Arbeitsverlängerung allein nicht möglich ist, weshalb man das Problem der Berufsausbildung mit in den Vordergrund der Betrachtungen rückt. Es erscheint auf den ersten Blick eigentümlich, daß die Unternehmer mit dem Rufe Erhöhung der Produktivität der menschlichen Arbeitskraft in dem Augenblick herauskommen, wo Deutschland einer harten Industrieerfolge entgegen eilt und wir annähernd eine Million Arbeitslose zählen. In Wirklichkeit sind diese Vorbereitungen nicht für die

Zeitzeit gedacht. Die Unternehmer rechnen mit der voraussichtlichen Entwicklung in Deutschland, die zur Amerikanisierung der deutschen Produktion treibt. Das herorstehende ist jenseits des Ozeans ist der Mangel an menschlichen Händen. Daraus ergab sich die Erhöhung der Ergiebigkeit jeder einzelnen Arbeitstraft und die Mechanisierung der Arbeit von selbst.

Hierzulande sind gegenwärtig nicht zu wenig, sondern zu viel menschliche Hände vorhanden. Dies wird sich aller Voraussicht nach in den nächsten Jahren ändern. Ab 1928/29 wird sich die Geburtenverminderung der Kriegszeit auswirken. Die Unternehmer haben bereits Berechnungen angestellt, daß der Mangel an Arbeitsträften in den Jahren 1930 bis 1935 zur Katastrophe werden wird. Es sei denn, es würde bis dahin gelingen, die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeitskraft so zu erhöhen, daß der Mangel an Arbeitsträften ausgeglichen wird. Die oben skizzierten Anstrengungen zur Hebung der Berufsausbildung sind in erster Linie aus dem Bestreben diktiert, die Schwierigkeiten des Jahresabends ab 1929 besser überwinden zu können. Das Monopol der Arbeitskraft, zusammengesetzt in starken Gewerkschaften, könnte sich so stark auswirken, daß die beherrschende Stellung der Unternehmer im Produktionsprozeß erschüttert werden könnte. Deshalb will man Vorbereiten. Es sollte hieraus zur Genüge hervorgehen, daß die Gewerkschaften hier ebenfalls nicht tatenlos beiseite stehen dürfen.

Die besonderen Arbeitsgebiete und die nächsten Aufgaben des Arbeitsausschusses für Berufsausbildung werden folgendermaßen umschrieben: „Erforschung des wirklichen Standes des Ausbildungs- und des Facharbeitermangels in den wichtigsten Fachberufen. — Arbeitsnachweis in Hinsicht auf zweckmäßige Lehrlings- und Arbeitsvermittlung. — Prüfungswesen. — Abgrenzung der einzelnen Industrieberufe für die Facharbeiterausbildung, Schaffung der hierzu nötigen Lehrgänge, Organisationsfragen der Berufs- und Gewerkschaften.“ Das Programm ist ziemlich weit gesteckt und muß man abwarten, wie die Unternehmerverbände die Abwicklung desselben in Angriff nehmen.

Die hauptsächlich von der Großindustrie ausgehende aber auch für andere Industrien und Gewerbe gedachte Gründung: Deutsches Institut für technische Arbeiterschulung in Düsseldorf fügt sich auf bereits seit langem erprobte praktische Versuche, die bei der Abteilung Schulle der Gesenkschneider Bergwerks Akt.-Ges. vorgenommen wurden. Im Heft 46 der Wirtschaftlichen Nachrichten für Rhein und Ruhr wird hierüber berichtet. „Die Wertjugend soll nach drei Gesichtspunkten geschult werden: „Einmal die Erziehung zu einem hochwertigen Arbeiter, der mehr kann als der englische und amerikanische Wettbewerber. Zweitens muß der deutsche Arbeiter die Arbeit, die er mit der Hand schafft, mit seinem Geiste durchdringen. Unsere alte Arbeiterschaft war auch gut, sie hatte aber den Fehler, Scheuklappen zu besitzen. Eine stärkere Wendigkeit ist in die Leute hineinzubringen. Zum dritten muß man versuchen, den jungen Arbeiter zum Menschen zu erziehen, das was früher einmal die beste Seite unseres Militärs war. Der junge Arbeiter muß wissen, daß erst die Pflicht und dann das Recht kommt. Man muß ihn letzten Endes zu einem „anständigen Kerl“ machen, der nicht nur arbeitet, weil die Faust des Meisters ihm im Nacken sitzt, sondern der in der Arbeit etwas Natürliches, etwas Lebensnotwendiges sieht, der aus innerer Ueberzeugung arbeitet.“ Das sind so die Ziele, die sich die Herren Unternehmer des Westens gestellt haben.

In dem oben bezeichneten Betrieb, der hier zum Muster diente, hat man die Ausbildung der Lehrlinge in Lehrwerkstätten vorgenommen. Losgelöst von der übrigen Arbeiterschaft mußten sie hier zwei Jahre verbleiben. Die Ausbildung wurde individuell und gründlich vorgenommen. Nach zwei Jahren wurden sie an die übrigen Betriebe abgegeben. Der theoretische Unterricht, der nicht des Abends, sondern in vollen Tagen vorgenommen wird, wurde aber beibehalten. Neben Spielen und Turnunterricht wurde ein sogenannter Arbeitersport getrieben, der das Hantieren mit Werkzeugen usw. erleichtern sollte. Die Erziehung „zum anständigen Menschen“ wurde, so wird berichtet, in enger Anlehnung an die Familie vorgenommen. Die Eltern wurden zu Elternabenden usw. zumangeboten. Auch an die Frauen hat man versucht, heranzukommen. Man hat Ausbildungskurse in Haus- und Handarbeiten veranstaltet. Vorträge arrangiert usw. Auch die erwachsenen Arbeiter verjüngte man als angeleitete Arbeiter vorzubereiten. Als letztes und nicht unwichtiges Mittel zu dem Ganzen wird die Herausgabe von Wertzeitungen empfohlen. Doch das Ganze sitzt an dem Durcheinander und Nebeneinander der Werte, es fehlte der Mittelpunkt, die Organisation. Diese soll nun in dem Deutschen Institut für technische Arbeiterschulung geschaffen sein. Hier hofft man den Mittelpunkt zu finden.

Man betitelt diese Versuche mit „Praktischer Sozialpolitik“. Die Gewerkschaften werden sich diesem Problem mit aller Kraft anzunehmen haben. Nicht mit Unrecht befürchten die Unternehmer, daß die Stärke der Gewerkschaften bei zunehmendem Arbeitermangel mit Riesenschritten wachsen wird. Deshalb wollen sie früh genug

die Schulung der Arbeitermassen in die Hand nehmen. Nicht allein sollen die Arbeiter technisch geschult werden, sondern auch durch Wertzeitungen usw. will man sie zu „anständigen Kerlen“ erziehen. Hüten wir uns vor Pflichtvergessenheiten, es steht viel auf dem Spiel.

Gewerkschaften und Kartelle.

(Zum Kartelltag der deutschen Industrie.)

Der Reichsverband der deutschen Industrie veranstaltete am 27. November im ehemaligen Herrenhaus in Berlin einen Kartelltag. Man hatte den bei besonderen Anlässen üblichen Apparat aufgebaut, um der Veranstaltung, dem Protest gegen alle kartellfeindlichen Maßnahmen, nach außen hin die nötige Würde zu geben. Der Leitmann Abraham Fromm aus Elberfeld, der sich augenblicklich stark mit neuen Fusionsmaßnahmen trägt, eröffnete den Reigen mit einer Begrüßungsansprache und einem warmen Appell für die Kartelle. Ihm folgten dann als Redner u. a. Professor Dr. Bershofen, Rechtsanwalt Dr. Fran und Baurat Dr. Ing. Riepert, die im einzelnen haarfarr nachwiesen, welche wichtige Aufgabe die Kartelle heute in unserer Wirtschaft haben. Natürlich durfte auch Dr. Reichert vom Verein deutscher Eisen- und Stahlindustriellen nicht fehlen, der gebührend den bekannten Automan Geheimrat Opel von den Rüsselsheimer Werken an den Pranger stellte. Dieser hatte nämlich den lehrerlichen Mut befehlen, den Kartelltag seiner Berufsgenossen mit einem Artikel im Berliner Tageblatt zu begrüßen, in dem er, unter Hinweis auf die Autoindustrie, die verteuerte Wirkung der Kartelle betonte. Dr. Reichert fand mit seinen Ausführungen über den ungerateten Sohn der deutschen Industrie alleseitigen Beifall der Versammlungsteilnehmer, die ohne Zweifel durch Opels Darlegungen im Berliner Tageblatt in ihren „heiligsten Gefühlen“ auf tiefste verletzt waren.

Im Verlauf der ganzen Tagung entdeckten dann die verschiedenen Diskussionsredner so viel Gutes und Vorzügliches an den Kartellen, daß dem unvoreingenommenen Zuhörer erst so recht klar wurde, welcher Unfug die zunehmende Kartellisierung in Deutschland eigentlich ist, und daß es wohl für die deutsche Wirtschaft und die deutsche Verbraucherschaft besser wäre, wenn auf dem Gebiet der Kartelle endlich mal eine Forderung und eine Rückentwicklung einträte. Die zum Ueberflus wiederholte Meinung, daß man Kartelle nicht auflösen könne, in allen Ehren — zweckmäßig wäre es aber schon, wenn viele unserer deutschen Kartelle, besonders im Lebensmittelhandel, verschwänden. Seien wir uns doch darüber klar: Die Mehrzahl der Kartelle dient heute einzig und allein zur Aufrechterhaltung überhöhter Preise; sie sind das bewährte Mittel einer Kapitalneubildungspolitik, die zum Schaden der Wirtschaft ausschlagen muß. Verminderter Warenumsatz im Lande, verminderter Export, abnehmende Arbeitslosigkeit und zunehmende Arbeitslosigkeit, das sind die Folgen, die allgemeine Auffassung stühend, daß die Kartellpolitik von heute, zu der sich der Kartelltag des Reichsverbandes bekannte, Kartellunfug ist.

Wenn sich der Protest des Kartelltags am 27. November vor allen Dingen gegen die Antikartellmaßnahmen der Regierung richtete, so hat die deutsche Arbeiterschaft, die ein wichtiger Teil der deutschen Wirtschaft ist, ein moralisches Recht zu betonen, daß diese Maßnahmen der Regierung bis jetzt viel zu unzulänglich waren und daß unbedingt, eben im Interesse der Wirtschaft, Mittel und Wege gefunden werden müssen, um baldmöglichst mit den größten Kartellausswüchsen aufzuräumen.

Für die deutschen Arbeiter ist es von Bedeutung, daß im Rahmen der Verhandlungen des Kartelltags des öfteren Kartelle und die Gewerkschaften in Beziehung gebracht wurden. Es war der temperamentvolle Vertreter der Gute-Industrie, Herr Weber, der sich darüber beklagte, daß viele Industrien, die im Besitze langjähriger Aufträge seien, es sich immer wieder gefallen lassen müssen, wenn durch Lohnforderungen der Arbeiterschaft, die den Aufträgen zugrundeliegende Kalkulation über den Haufen geworfen wird. Darüber hinaus wurde, allerdings mehr in privaten Gesprächen, betont, daß, wenn die Arbeiter sich zwecks Durchsetzung von Lohnforderungen aufzumahnen dürften, man dem Unternehmer nicht das Koalitionsrecht, um seine Preise durchzusetzen, verweigern könne. Wer nicht weiß, wie in Deutschland eigentlich Wirtschaftspolitik gemacht wird, könnte angefaßt solcher Weisungen auf den Gedanken kommen, die deutschen Unternehmer ättern jetzt um ihr Koalitionsrecht. Wer aber Bescheid weiß, der lächelt über diese Jesuiten; darüber hinaus dürfte zur Beurteilung der neuesten Argumentation der deutschen Unternehmer folgendes wichtig sein: Es ist doch wirklich nicht die Schuld der deutschen Arbeiterschaft, wenn bei uns das Arbeitsrecht so wenig entwickelt ist, daß sich der Streik, also der Boykott und die Lieferperre in der Kartellpraxis, noch nicht erübrigt. Dem Streikrecht des Arbeiters steht auch das Aussperrensrecht des Arbeitgebers gegenüber. Weiter besteht doch auch wohl ein Unterschied darin, wenn ein Kartell zum Beispiel die Lieferperre unter Geldstrafen verhängt, weil der Abnehmer den Preis

Das Steinmehrgewerbe im Lichte des 17. Jahrhunderts.

Von Dr.-Ing. h. c. F. M. Feldhaus.

Im Jahre 1698 erschienen durch den Verleger Christof Weigel in Nürnberg eine Anzahl Kupferstiche über alle möglichen Stände und Handwerke in Buchform. Der Text, den Weigel seinen Kupferstichen beige, ist recht dürftig. Er besteht aus einer ganz kurzen Erklärung dessen, was der Handwerker gewöhnlichsgemäß verrichtet und aus daraus anknüpfenden kleinen frommen Betrachtungen. Das Weigel'sche Buch kam in die Hände des Hofpredigers und Augustiner-Parisherrn Abraham a Santa Clara. Mit seinem bürgerlichen Namen hieß der Mann, den sich Schiller als Vorbild zu seinem Kapuzinerprediger in Wallensteins Lager nahm, Joh. Ulrich Negerle. Seine Wiege stand in Krenheinfelden bei Weßling in Baden. Weit und breit wurde er berühmt als ein stets schlagfertiger Kanzelredner, der auf Wunsch seines kaiserlichen Herrn, die Laster dem Hofe ohne Maske vorstellte und auch den guten Bürgern nichts durchgehen ließ, den „Wiener Kindern, die Ihr Eure Jugend verkauft gemeinlich in ohnmüßiger Zeitverwendung, und wässern euch die Zähne mehr nach Lustbarkeiten, Spielen, Sögen, Fischen“.

Unter den zahlreichen Schriften Abrahams a Santa Clara hat für uns eine besondere Bedeutung, weil diese einen tiefen Einblick in den Stand des Handwerkers und des Gewerbes zur Zeit der Wende des 17. und 18. Jahrhunderts gewährt. Dieses im Jahre 1699 bei Hieronimus in Würzburg gedruckte, durch Christof Weigel in Nürnberg und Johann Carl Hueber in Wien verlegte, binnen kurzem in drei Auflagen erschienene Buch ist betitelt: „Etwas für Alle“, das ist eine kurze Beschreibung allerley Stands, Amtes- und Gewerks-Verjonen, mit beigedruckter sittlichen Lehre und biblischen Concepten, durch welche der Fromme mit gebührendem Lob hervorgehoben, der Tadelhafte aber mit einer mächtigen Ermahnung nicht verschont wird: „Allen und Jedem heilsam und leitend, auch sogar nicht ohndienlich denen Predigern.“ Die in diesem Buch enthaltenen Kupferstiche sind dieselben, die Weigel vorher mit knappem Text herausgegeben hatte. Der erste Band dieses Buches fand solchen Beifall, daß Abraham a Santa Clara noch einen zweiten und dritten Band im Jahre 1711 erscheinen ließ, aber auch wiederum unter Verwendung der alten Weigel'schen Kupfer von 1698.

Im zweiten Teil des Werkes finden wir den Steinbrecher. Abraham a Santa Clara vergleicht den harten Stein mit einem verstockten Herzen. Dann erzählt er von dem berühmtesten Stein aus der Bibel, demjenigen vor dem Grabe Christi. Von den Steinbrechern sagt er: „Ist irgendwo eine mühselige Arbeit auf der Welt zu finden, welche zugleich mit großer Gefahr verknüpft, so ist es die Arbeit der Steinbrecher, welche in denen Steinbrüchen mit dem Steinhauen beschäftigt sind, und, manchen Felsen auszuheben, alle Kräfte mit lauem Schwelch daran strecken müssen. Wie oft müssen sie mit Leibs- und Lebensgefahr in den Steinbrüchen sich

enthalten, also, daß sie oft plötzlich erschlagen werden, weil bisweilen ein ganzer Teil Gestein einfällt, oder ihnen die großen Steine, so sie bebauen, bisweilen auf die Finger oder Füße fallen, oder sie mit Heben ihnen die Finger über klemmen, oder mit dem Klöppel, anstatt des Meißels, ihre Finger treffen, oder die abspringenden Steinlein ihnen ins Gesicht springen, und die Augen beschädigen. Dessen allem ungeachtet, sind doch vor uralten Zeiten diesem mühseligen Handwerk sehr viel zugethane Leute gefunden worden.“

Es ist dann von den Pyramiden, dem Mausoleum zu Halikarnassos und dem großen Tempel der Diana zu Ephesus sowie den Obeliskten die Rede. Diese Steinwerke wurden den sieben Wandern der Welt zugezählt.

Im dritten Teil finden wir die Beschreibung des Handwerks der Steinmeger.

Vom Steinmehrgewerbe weiß er im ersten Band zu erzählen: „Diese wackere Handwerks-Leuth pflegen sonst anderer Menschen ihr Lob und rühmliche Taten in die harte Stein einzubeden, wie solches zu sehen fast in allen Kirchen und Gottes-Ädern: Es verdienen aber auch sie, daß man dero unsterbliches Lob in Gold sollte einlegen: Wer der erste Meister dieses Handwerks seze gewest, kan mit keinem rechten Grund dargethan werden, wohl ist bewußt, daß Gott der Allmächtige der steinern Tafeln, welche er Moysi einohndändig habe selbst verfertigt, und darein ohne Hammer, Bichel und Meißeln, wie sonst die Steinmeger gebrauchen, die Schrift der 10. Gebott eingehracht; nachdem aber solche wegen des abgötterischen Rocks Ronles zerbrochen, sendt andere Tafeln, und zwar aus Saphir gemacht worden, welche von Tito Vespasiano nach Verherung der Stadt Jerusalem nach Rom gebracht worden, und werden alda noch zu S. Joan. Laterano, am Ort Sancta Sanctorum genannt, aufbehalten. Im übrigen sieht man in der ganzen Welt, for derist aber zu Rom, Venedig, Bononien, Padua, Manland: im Teuschland aber zu Augspurg, München, Salzburg, absonderlich zu Wien, was für schöne herrliche, künstliche und löffliche Arbeit von diesen Leuthen herkomme. Jacobus der dritte König in Schottland hat sich dergestalt in dieses Handwerk verliebt, daß er einen Steinmeger, mit Namen Robert Kockard, zu einem Grafen gemacht, der aber nachmals, wie der König von den Seinigen gegangen worden, eines unglücklichen Todes mußte sterben, Zweifels ohne aus Reid, weil er durch Glid als erbt worden.“

Bei dem Weltberühmten Gebäude des Salomonischen Tempels hat sich niemand besser gehalten, als die Steinmeger, mafen sie durch ihre genaue und wohlgefahrte Arbeit alle Stein so wohl haben zugericht, daß bei Aufrihtung des ganzen Tempels nicht ein Hammer-Streich ist gehört worden, welches dann einem Miracul nicht ungleich sieht.

Neben anderer Arbeit, so die erfahrene Steinmeger verfertigen, sendt auch die schöne Säulen, die man in unterschiedlichen Kirchen, Palläst und herrlichen Gebäuem zu sehen hat, unter denen Zweifels ohne die schönste dergestalt, an welcher Gottes Sohn für die Erlösung des menschlichen Geschlechts geehret worden zu Jerusalem, solche zeigt man noch zu Rom bey S. Praxedis, der heilige

Hieronimus aber ist mit vielen anderen der Meinung, daß die Saul, an dero der Heyland gebunden worden, seze sehr groß gewesen, und dergestalt zu Rom in besagter Kirchen nur der untere Teil davon.

Alle dergleichen Stein-Arbeit werden billich verehret, ob aber alle Steinmeger zu verehren seyen, seche ich billich an, wahr ist es zwar, daß Antonius und Felix zwey heilige Stein-Meger gewesen, aber gar viel dergleichen Gattung trifft man nicht an: Dann es gibt gleichwohl solche Leuth unter ihnen, die ebenfalls willen zu betriegen, meistens aber wissen sie die zerbrochene Stein also zu kütten, daß solche gar wohl für ganze werden angesehen: So können sie auch unbeschreiblich fluchen und schwören, wann sie bisweilen mit dem Klöppel des Meißels fehlen, und ihnen selbst auf die Brähen schlagen, diese gute Leuth sollen wissen, ob sie schon die Wien Waag und das Maßscheib brauchen, daß Gott am jüngsten Tag dero Thaten genauer wägen und richten werde.“

Gleichfalls im ersten Bande gibt Abraham die Darstellung einer Bildhauerwerkstatt. Er erzählt bei dieser Gelegenheit von allen möglichen Bildhauern und auch Standbildern. Er lobt den Bildhauer mit den Worten: „In Summa der Bild-Hauer Arbeit, weil sie uns Gott, die Engel und die Heiligen so lebhaft vorstellt, und wir durch solche Bilder-Verzehung so große augenscheinliche und handgreiffliche Gnaden immerzu erhalten, ist billich alles Lob und Ehren werth, und soll man diese Leuth für eine aus den Besten erkennen.“

Lebenskünstler.

Auf Trümmer baut ich mir mein Leben auf, Stein auf Stein trug mühsam ich zusammen; Wann's an Kraft und Mut mir oft gebrach, Energie, sie hielt mich fest in oft gebunden. Aus dem Schiffbruch hab ich mir gerettet, Was dem Leben mir noch wertvoll schien, Und bei Gott, ich lag nicht weid gebettet. Doch, mein Stolz ließ mich nicht untergehen. Tapfer hab' ich mich gewehrt, der Schläge, Die da sausten knüppel-hagelndicht, Paete feste zu mit meinen Händen, Meine Feinde schlug ich ins Gesicht! Niemals bin ich auch zu Kreuz gekrochen, Hab mich immer meiner Haut gewehrt. Heute keh ich wie aus Erz gegossen Fest im Leben; denn es hat's mich so gelehrt! Nimmer wanken, wenn auch Stürme braulen, Und dem Schicksal fest ins Auge sehn! Nimm dein Herz recht fest in beide Hände Und du t'n n'ist nicht untergeben! Hoht die Sorge grinend auch in allen Ecken, Räthelt annlich das Gelpenk der Not, Kämpfe, streite, nicht die Waffen strecken, Fern im Osten leuchtet dir das Morgenrot!

Jenny Horn, Hamburg.

oder die Kondition, die Lieferungsbedingung, nicht anerkennen will und wenn eine Gewerkschaft einen Schiedspruch für verbindlich erklären läßt. Im ersten Falle wird der Preis und die Kondition meistens, und zwar immer sehr willkürlich, diktiert. Im zweiten Falle handelt es sich um das Ergebnis und die Folge unparteiischer Schiedsprüche, die, selbst wenn sie einmal günstiger ausfallen, der Notlage der Arbeiterschaft kaum annähernd Rechnung tragen. Wäre das mehr der Fall, so brauchte sich Herr Weber aus der Jute-Industrie wohl nicht zu beklagen, daß ihm seine Kalkulationen durch die Lohnforderungen der Gewerkschaften über den Haufen geworfen werden.

Der Deffentlichkeit jedenfalls ist es klar, daß es ein verschiedenes Ding ist, ob die Arbeiterschaft einen angemessenen Lohn durch Streik oder Produzenten und Händler einen unangemessenen Preis durch Boykott und private Klassenjustiz durchsetzen.

Auf den ersten Blick will es scheinen, als ob es sich bei den Hinweisen auf Kartelle und Gewerkschaften auf dem deutschen Kartelltag um akademische Erörterungen handelt. Das ist nicht der Fall und wir können vor einer solchen Auffassung nur warnen. Bekanntlich arbeitet der Reichsverband der deutschen Industrie schon seit Monaten an einem „Wirtschaftsprogramm der deutschen Industrie“, das Mitte Dezember veröffentlicht werden soll. Jedenfalls haben die Gewerkschaften mit einigen Ueberraschungen zu rechnen, da der Kartelltag unserer Auffassung nach nur eine Vorbereitung der Deffentlichkeit auf diese Ueberraschungen war. Bis jetzt sind Einzelheiten des neuen Wirtschaftsprogrammes noch nicht bekannt; jedoch ist es notwendig, daß das Unternehmertum die Arbeiterschaft zur Abwehr gerüstet findet.

Was geht uns die Gewerbeordnung an?

Die Bedeutung der Gewerbeordnung für den Arbeitnehmer? — Innungsschiedsgerichte. — Sonntagsarbeit. — Freilose Entlassung. — Lehrlingsausbildung. — Arbeitszeit. — Besuch der Fortbildungsschule.

Von Dr. jur. Julius Woyda.

Wer Gelegenheit gehabt hat, in gewerblichen Betrieben tätig zu sein, mußte immer wieder feststellen, wie außerordentlich mangelhaft die Gesetzeskenntnis des deutschen Arbeiters ist. Die zahlreichen, leider nicht immer ohne weiteres verständlichen Paragraphen, das Bewußtsein, von geschulten Gewerkschaftsführern trotz gelegentlichen Schimpfens gut vertreten zu sein, und vor allem die völlig falsche Einschätzung des Wertes gesetzlicher Bestimmungen lassen den einzelnen Arbeitnehmer leicht gleichgültig dem Arbeiten der Gesetzesmaschine gegenüberstehen, bis irgendein Einzelfall, an dem gerade er beteiligt ist, ihn Interesse dafür gewinnen läßt.

Dabei sollte nicht verkannt werden, daß fast jede Stunde gewerblicher Tätigkeit den Arbeitnehmer mit dem Gesetze in Berührung bringt, wenn auch nicht gleich immer Richter und Beisitzer mit Paragraphen jonglieren.

Es kann an dieser Stelle nicht meine Aufgabe sein, einen mehr oder weniger gründlichen Gang durch alle Bestimmungen der Gewerbeordnung zu unternehmen. Es kommt mir in dieser Arbeit vielmehr nur darauf an, einige Fälle aus der gewerblichen Praxis, die in kürzester Zeit die Deffentlichkeit beschäftigt haben, in ihrer Bedeutung für den Arbeitnehmer zu erläutern.

Die Bedeutung der Innung für den Arbeitnehmer wird vielfach verkannt. Im allgemeinen glaubt man, in der Innung lediglich eine Interessenvertretung der Arbeitgeber erblicken zu müssen. Tatsächlich kann sie auch Aufgaben erfüllen, an denen der Arbeitnehmer durchaus interessiert ist. Dazu gehört besonders die Errichtung von Schiedsgerichten, die Streitigkeiten zwischen den Mitgliedern der Innung, also den Handwerksmeistern, auf der einen Seite und ihren Gehilfen, Gesellen und Arbeitern andererseits zu entscheiden haben. Derartige Schiedsgerichte, die von der Innung allerdings nicht errichtet werden müssen, treten an die Stelle der Gewerbegerichte bei fast allen Streitigkeiten, die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergeben können. Diese Schiedsgerichte bestehen aus einem von der Aufsichtsbehörde bestimmten Vorsitzenden und mindestens zwei Beisitzern, von denen die Hälfte Arbeitnehmer sind. Gegen die Entscheidung eines solchen Schiedsgerichts steht beiden Parteien Berufung an das Amtsgericht offen.

Wenn Sonntagsarbeit zulässig ist und in welchem Umfange, ist in der Gewerbeordnung in einer Weise geregelt, die nicht immer die Zustimmung der Arbeitnehmerorganisationen gefunden hat. In jüngster Zeit ist von Seiten der Arbeitgeber verschiedentlich der Versuch gemacht worden, eine Erweiterung derjenigen Sonntage, an denen gearbeitet werden darf, herbeizuführen. Die Gewerbeordnung regelt nämlich diese Angelegenheit nicht einheitlich, sondern überläßt sie in einem gewissen Rahmen verschiedenen und auch lokalen Behörden. Infolgedessen ist mitunter in einer Gemeinde eine größere Anzahl von Sonntagen zur Arbeit freigegeben als in anderen benachbarten Gemeinden. Diese Ungleichheit hat schon mehr als einmal böses Blut gemacht, obwohl andererseits eine Uniformierung in dieser Frage nicht immer dem Geiste des Gesetzgebers entsprechen würde, weil z. B. in ländlichen Bezirken die Verhältnisse völlig andere sind als in städtischen. Auch dagegen ist von Arbeitgeberseite Sturm gelaufen worden, daß an solchen freigegebenen Sonntagen die Arbeitnehmer nicht länger als bis 6 Uhr abends beschäftigt werden dürfen. Ob allerdings eine Änderung dieser Bestimmungen so leicht erreicht werden wird, wie dies von gewissen Arbeitgebern angenommen wird, muß sehr bezweifelt werden. Manche ist aber auch mit dieser Forderung noch nicht genug zufrieden, und die Forderung nach völliger Befreiung gesetzlicher Sonntagsruhe ist heute durchaus keine Seltenheit mehr. Nicht immer freilich wird diese Forderung in deutlich erkennbare Formen geleidet. Mitunter beruft man sich einfach in einer weitgehenden Auslegung auf den § 105e der Gewerbeordnung, nach dem Ausnahmestimmungen über Zulässigkeit der Sonntagsarbeit für solche Gewerbe getroffen werden können, deren vollständige oder teilweise Ausübung an Sonn- und Festtagen zur Befriedigung täglicher oder an diesen Tagen besonders hervortretender Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlich ist. Hierzu sind vom Reichsarbeitsministerium Richtlinien ergangen, die von den Arbeitnehmerorganisationen äußerst scharf angegriffen worden sind.

Eine dergleichen Bestimmungen der Gewerbeordnung, die wohl am meisten Anlaß zu Streitigkeiten gibt, ist die, welche die Möglichkeiten der Entlassung von Gesellen und Gehilfen vor Ablauf der vertragmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung angibt. Eine solche freilose Entlassung ist u. a. auch zulässig, wenn die Arbeitnehmer „die Arbeit unbefugt verlassen haben oder sonst den nach dem Arbeitsvertrag ihnen obliegenden Verpflichtungen nachzukommen beharrlich verweigern“. Man hat diese Bestimmung häufig zum Anlaß genommen, um Streikende schnell und bequem loszuwerden. In diesem Sinne haben sich auch die höchsten Handlungsgremien vor einiger Zeit gutachtlich ausgesprochen; sie haben dabei allerdings gleichzeitig betont, daß ein Streik an sich noch nicht als Auflösung des Vertragsverhältnisses anzusehen sei, sondern daß der Arbeitgeber eben unter Berufung auf die oben erwähnten Bestimmungen erst ausdrücklich die Entlassung vornehmen müsse. Noch weiter ging ein westdeutsches Gericht, das die freilose Entlassung eines Betriebsratsmitgliedes als berechtigt anerkannte, weil es streikenden Arbeiterinnen mitteilte, daß nach einem Beschluß der Streikleitung ihre Namen veröffentlicht würden, wenn sie nicht die Arbeit niederlegten. Daß von Seiten der Arbeitnehmerorganisationen alles geschieht, um eine für die von ihnen vertretenen günstigeren Auslegung dieser Bestimmungen, wenn nicht ihre gänzliche Abänderung herbeizuführen, braucht wohl kaum besonders betont zu werden.

Der selbstbewußte Arbeitnehmer wird es stets nach Kräften vermeiden, sich heranzubehalten; aber es ist ihm auch nicht immer möglich, jedes Wort auf die Waagschale zu legen. Die Werkstatt oder Fabrik ist keine Diplomatschule. Deshalb wird auch nicht jeder,

vielleicht gar nicht so überaus heftig gemeinte Vorwurf als „große Beleidigung“ gegen den Arbeitgeber oder seine Vertreter oder gar gegen ihre Familienangehörigen anzusehen sein; denn derartige Beleidigungen berechtigen bekanntlich ebenfalls zur freilosen Entlassung. Diesen Gesichtspunkt trug auch das Berliner Gewerbegericht Rechnung, als es vor einiger Zeit darüber zu entscheiden hatte, ob in einem bestimmten Falle die Worte des Arbeitnehmers zum Chef: „Sie wissen ja nicht, was Sie reden!“ eine gröbliche Beleidigung darstellten. Das Gericht verneinte diese Frage und billigte dem Arbeitnehmer einen Lohnanspruch auf die Dauer der tariflichen Kündigungsfrist zu. Immerhin sollte sich jeder Arbeitnehmer in seinem eigenen Interesse mit seinen Äußerungen versehen und es unterlassen, durch unbedachte Worte, die absolut nichts helfen, seine Stellung zu gefährden. Das schließt natürlich keineswegs aus, daß man auch ohne solche Redensarten seine Ueberzeugung wahr und vertritt.

Lehrlingszucht ist eines der gefährlichsten Mittel, um die Lage der Gesellen und Gehilfen zu erschweren. Die Gewerbeordnung hat deshalb auch hiergegen Maßnahmen ergriffen, überläßt es aber außerdem den Landesregierungen, die Zahl der Lehrlinge zu beschränken. Auf Grund dieser Bestimmungen hat z. B. der hamburgische Senat die zulässige Höchstzahl der in offenen Ladengeschäften tätigen Lehrlinge festgesetzt, wonach im allgemeinen Betriebe, in denen nicht mehr als drei Handlungsgehilfen tätig sind, nur einen Lehrling beschäftigen dürfen. Hat die Landeszentralbehörde davon abgesehen, die Zahl der Lehrlinge zu begrenzen, so können Handwerkskammern und Innungen von sich aus derartige Vorschriften erlassen. Auch sie haben ja ein Interesse daran, Lehrlingszucht als unläuterer Wettbewerb zu unterbinden und Pflanzarbeit, die angeht des gegenwärtig sehr starken Konkurrenzkampfes zwischen Industrie und Handwerk ja nicht nur den Pflanzler selbst, sondern das ganze Handwerk schädigt, unmöglich zu machen. Derartige Bestimmungen sind u. a. von der Gewerkekammer zu Bremen erlassen worden.

Die Dauer der Arbeitszeit ist nicht immer einheitlich und nur sehr teilweise in der Gewerbeordnung festgelegt. Bekannt ist, daß zu ihrer Regelung besondere Bestimmungen ergangen sind. Durch Ausführungsbestimmungen des Reichsarbeitsministeriums zur Arbeitszeitverordnung, ist jedoch unter Berufung auf die Bestimmungen der Gewerbeordnung, wonach junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren nicht länger als zehn (!) Stunden täglich beschäftigt werden dürfen, und die Beschäftigung von Arbeiterinnen diese Dauer täglich und acht Stunden an den Vorabenden der Sonn- und Festtage nicht überschreiten darf, auch weiterhin trotz sonstiger Ausnahmen von der grundsätzlichen Arbeitszeit diese Regelung als maßgebend bezeichnet worden.

Der Besuch der Fortbildungsschule ist nach der Gewerbeordnung Pflicht aller Arbeiter unter 18 Jahren. Der Unternehmer ist verpflichtet, die hierzu erforderliche Zeit zu gewähren. Streit war darüber entstanden, ob auch Ausländer der Fortbildungspflicht unterliegen. Das Kammergericht hat diese Frage dahin entschieden, daß dies nicht der Fall sei, weil bei Ausländern nicht ohne weiteres deutsche Schulbildung vorausgesetzt werden könne, die in der Fortbildungsschule „fortgebildet“ werden soll.

Die Fälle praktischer Anwendung der Gewerbeordnung im täglichen Leben des Arbeitnehmers liegen sich noch beliebig vermehren. Haben diese Zeilen dazu beitragen können, daß an die Stelle eines keineswegs immer berechtigten Schimpfens auf die „Bonzen“ das Bewußtsein tritt, daß alle Arbeitnehmer, ganz besonders aber Mitglieder der Betriebsräte, sich mit den einschlägigen Bestimmungen der Gesetze vertraut machen müssen, mögen sie ihren Beifall finden oder nicht, so wäre ihr Zweck vollumfänglich erreicht.

Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Unser Vorkommnis. Streit: In Großtunzendorf und Oberpöhlau (Schles.) bei der Fa. Thust.

Gespart. In Hornberg das Granitwerk (Lohnabzug). In Tröjan der Betrieb Kammerer.

Zug ist fernzuhalten außer den obengenannten Orten, in denen Streit oder Betriebsperre zu verzeichnen ist, von Duisburg (Steinmehrer) von Waldenburg (Steinseher).

Erledigte Bewegungen: In Stolp (Pommern) sind die Differenzen mit der Straßenbaufirma Thiele behoben.

Alle Verbandsmitglieder, die ihren Arbeitsplatz von einem Ort zum andern wechseln wollen, haben in jedem Fall sich vorher um die in Frage kommenden örtlichen und betrieblichen Verhältnisse beim Zahlstellenvorkommnis zu erkundigen. Das gilt für alle Berufsgruppen in unserm Verband und für jeden Ort. Beim Unterlassen dieser selbstverständlichen gewerkschaftlichen Pflicht kann der Ausschluss aus dem Verband verfügt werden. Kollegen, übt Solidarität auch in den kommenden Wochen, wo infolge des Einflusses der Witterung und der Wirtschaftsbeklemmung die Arbeitslosigkeit größer wird!

Granitwerksteinebetriebe Mittel- und Südbaden. Die Unternehmer der Granitwerksteinebetriebe Mittel- und Südbaden haben das bestehende Lohnabkommen gekündigt; sie wollen die Stundenlöhne der Facharbeiter (Steinhauer, Spalter, Schmiede) nicht weniger als um 15 Pfg. pro Stunde reduzieren und im gleichen Verhältnis auch die Löhne der übrigen Arbeitergruppen herabsetzen.

Alle Kollegen der Granitwerksteinebetriebe Deutschlands wollen dies genau beachten. Zugang von Granitsteinbauern und -spaltern ist also nach diesen Betrieben unter allen Umständen zu vermeiden.

Steinseher und Plasterer.

Bremen. Die am 2. Dezember abgehaltene Mitgliederversammlung der Steinseher war trotz der schlechten Witterung gut besucht. Tagesordnung: 1. Die Lage unseres Berufs. 2. Wohlfahrtskasse. 3. Stellungnahme zur Antwort der Unternehmer betr. Lohn-erhöhung. 4. Verschiedenes. Der Vorsitzende schildert in kurzen Zügen die Lage im Beruf. Er hob hervor, daß im Sommer eine als gut bezeichnete Konjunktur vorhanden war und etwa 30 fremde Kollegen hier Beschäftigung fanden. Aber leider ist jetzt eine Arbeitslosigkeit vorhanden, wie wir sie nach dem Kriege nicht gehabt haben. Unsere Leitung ist bei der maßgebenden Behörde vorstellig geworden; aber mit negativem Resultat. Grund: Es ist kein Geld mehr vorhanden! Die Leitung wurde darauf beauftragt, bei der zuständigen Deputation nochmals wegen Arbeit vorstellig zu werden. Ferner streifte der Vorsitzende die Lehrlingsfrage. Er betonte, die Funktionärfrage sei einstimmig der Meinung, daß keine Lehrlinge mehr eingestellt werden, weil wir nicht in der Lage sind, selbige auszubilden zu können, weil im kommenden Geschäftsjahr ein großer Teil der Straßen mit Schutt- und Aschepflaster belegt und wir dadurch zurückgebrängt werden. Kollege Lachmann stellte den Antrag, daß ein Artikel in der hiesigen Presse veröffentlicht wird, in dem die Lage unseres Berufs eingehend geschildert werden soll betreffs der Lehrlinge. Dem wurde zugestimmt. Zur „Wohlfahrtskasse“ gab der Vorsitzende den Beschluß der Funktionärfrage bekannt. Der besagt, daß die Gelder sozial verteilt und in der Funktionärfrage die Verteilung geregelt werden soll, und zwar 14 Tage vor Weihnachten. Kollege Pundack gab Bericht über den Stand der Wohlfahrtskasse und bedauerte, daß sämtliche Firmen noch zwei Monate mit der Abführung der Gelder im Rückstande sind. Hierüber entstand eine äußerst erregte Debatte. Sämtliche Redner verurteilten die Nachlässigkeit der Unternehmer. Die Kollegen Friedrich Bäcker und Pundack wurden beauftragt, bei sämtlichen Unternehmern vorstellig zu werden, zwecks Abführung der uns zustehenden Gelder.

Zur „Lohnfrage“ wurde betont, daß unsere Meister ihre Verpflichtungen nicht gehalten und eine ablehnende Antwort gefandt haben; auch darüber entspann sich eine lebhafteste Aussprache. Danach stellte der Kollege Johann Osteloh den Antrag: „Die heutige

Versammlung beschließt, daß die Sektion der Steinseher gegen Lohnpolitik betreibt und sich von der des Bauergewerbes losagt.“ Dieser Antrag rief eine rege Aussprache hervor. Fast alle Redner stellten sich auf den Standpunkt, daß dieser Antrag noch etwas verfrüht sei. Kollege Osterlo betonte, daß Begehr und Verden uns, weil sie eigene Lohnpolitik betreiben, mit ihrem Lohn überflügelt hätten. Nach längerer Aussprache wurde der Antrag bis zum nächsten Frühjahr zurückgestellt. Danach gab der Kollege S. Schwaers den Bericht von der Bauarbeiter-Schutzkommission. Er legte den Zweck und die Arbeit der Kommission in eingehender Weise dar, betonte, daß größere Arbeiten photographiert werden sollen, auch Straßen- und Tiefbauarbeiten, und als Lichtbild der Kollegen vorgeführt werden. Als Beitrag zahlt jedes Mitglied 5 Pfg. im Quartal, das von der örtlichen Kasse bestritten wird. Dieser Bericht wurde mit Interesse entgegengenommen. — Zum Punkt „Verschiedenes“ wurde folgendes beschlossen: „Die Sektion der Steinseher und Berufsgenossen ersucht den Zentralvorstand, so schnell wie möglich den Verbandsbeitrag zusammenzuführen, um die Arbeitslosenunterstützung in unserem Verbands einzuführen. Die Kollegen stehen auf dem Standpunkt, daß die Unterstützung ein-gesetzt werden muß wegen Agitationsmitteln. — Dann wurden noch örtliche Angelegenheiten behandelt wie Kalenderbestellung, Sonntagsarbeit bei der Firma Busch, Bildkontrolle, Arbeitslosenmeldung und anderes. Mit einem mahnenden Appell schloß dann der Vorsitzende die anregende Versammlung.

Stettin. Die Konferenz für den Regierungsbezirk tagte am 6. Dezember in Stettin im Lokal Meyer, Saunirich. 1. Erschienen waren 16 Delegierte. Kollege Ma u hieß die Erschienenen willkommen und gab dem Wunsch Ausdruck, daß die Tagung zu einem ersprießlichen Erfolg führen möge. Als Verhandlungsleitung wurden Adolf Lau, Hermann Belling und Paul Arthun gewählt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Schend e über Tarifpolitik. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß die Arbeiterschaft mehr wie bisher auf der Hut sein muß, um all den Anforderungen, die an sie gestellt werden, gewachsen zu sein. Das Zusammengehörigkeitsgefühl müsse unter den Kollegen gefördert werden. Die Diskussion unterstreicht diese Ausführungen. Im zweiten Punkte gab Kollege Ma u einen übersichtlichen Kasernenbericht. Am Jahresabschluss wird dann die Abrechnung erfolgen. Als Bezirksleiter wurde Kollege Ma u einstimmig wiedergewählt, als Ersatzmänner die Kollegen Schwen n und Manske, beide in Stettin. Nachdem unter Verschiedenem noch einige Anfragen erledigt wurden, schloß die Konferenz mit dem Hinweis, im Sinne der Beschlüsse in den Filialen tätig zu sein.

Steinarbeiter.

Aus Gau IV. In der Nummer 44 des „Steinarbeiter“ wurde in einer Schilderung aus dem Bezirk Rassel Bezug genommen auf Vorkommnisse und Zustände im Betrieb der Rassel Basalt-Industrie U. G. Nach einem uns zugestellten Schreiben soll die Schilderung nicht ganz den Tatsachen entsprechen und ferner die gerügten Zustände nicht zuerst dem zuständigen Betriebsobmann zur Weiterleitung um Abstellung an die verantwortliche Werkleitung, ü berwiehen worden sein. — Wir nehmen von dieser Ver-rückung deshalb an dieser Stelle Notiz, weil uns im weiteren zur Kenntnis gekommen ist, daß eine Besprechung mit der Firmenvertretung, dem zuständigen Gauleiter und der gesetzlichen Betriebsvertretung zur Klärung und Abstellung stattgefunden hat. Das ist schließlich das Wichtigste bei dieser Angelegenheit und in jedem Fall der beste Weg. Die Redaktion.

Lithographiestein- und Juragebiet. Am 29. November d. J. fand in Langenaltheim eine Bezirkskonferenz der Zahlstellen genannten Gebietes statt. Sie war von fünf Zahlstellen mit 20 Delegierten besetzt. Die Tagesordnung lautete: 1. Die letzte Lohn-verhandlung und Stellungnahme zur Affordfrage. 2. Regelung der Mitgliederbewegung zum Jahresabschluss. 3. Verschiedenes. Bevor zur Tagesordnung geschritten wurde, wurde das Protokoll der vorhergehenden Konferenz als richtig anerkannt. Hierauf behandelte der Bezirksleiter Kollege G e g e n a g e l (Solnhofen) in längerer Ausführungen die letzte Lohnverhandlung in Nürnberg und hob besonders das Verhalten der Unternehmer hervor. Zur Affordfrage bemerkte er, daß verschiedentlich Unzufriedenheit herrscht. Diese Unzufriedenheiten zu regeln, muß unser eifrigstes Bestreben sein. Kritisiert wurde vor allem das unvernünftige Arbeiten im Afford, so daß uns bei den letzten Lohnverhandlungen von Seiten der Unternehmer vorgehalten wurde, daß bis zu 70 Prozent über den Normalstundenlohn verdient wird, was aber nach unrer Prüfung nicht ganz den Tatsachen entspricht. Diese Unvernunft der Kollegen macht sich bereits in einigen Betrieben durch Kurzarbeit und Entlassungen bemerkbar. Nach überaus langer Debatte über diesen Punkt wurde ein bestimmter Antrag einstimmig angenommen. Ebenso folgende Resolution: „Die heute in Langenaltheim tagende Bezirkskonferenz lehnt die Affordarbeit im Lithographiesteingebiet grundsätzlich nicht ab. Die Affordarbeit darf aber nicht eine nennens- und körperzerstörende Arbeit sein, sondern eine im Rahmen der täglichen Arbeitszeit lohnende, dem Körperzustand zuträglich Beschäftigung. Den einzelnen Branchen im Litho-Gebiet entsprechende Klagen in bezug auf Quantität und Qualität des Materials soll auf dem Verhandlungsweg Abhilfe geschaffen werden. Affordwucherer, die allgemein Kurzarbeit zur Folge hat, muß gesteuert werden. Afford im Rahmen des Zulässigen kann erstrebt werden, nicht aber Afford, der die Zerlegung und Verelendung der Arbeiterschaft fördert. Eine Betriebsrätekonferenz soll demnächst Abhilfe schaffen.“ Unter Punkt 3 erluchte Gegennagel die Zahlstellenvorstände, ihm zum Jahresabschluss die Mitgliederzahl (männlich — weiblich getrennt) zu statistischen Zwecken mitzuteilen. Unter Verschiedenem kam man auf die Kündigung des RAB zu sprechen. Es muß hier unsre Aufgabe sein, den Bestrebungen der Unternehmer, Verschlechterungen in bezug auf Arbeitszeit und Urlaub durchzubrüden, entgegenzuarbeiten. Ferner teilt Gegennagel mit, daß von Seiten der Zentrale darüber Bescheid geführt wurde, daß bis heute ein Schlußbericht über unsre Statistik nicht eingekandt wurde. Obwohl bereits diesbezüglich berichtet wurde, soll dem doch noch einmal nachgeholfen werden. — Für unsern Streit gingen nachträglich von der Zahlstelle Treuchtlingen 64.10 M. an Unterstützungsgeldern an den Bezirk ab, die bis heute noch nicht öffentlich tritt, aber auch noch nicht verbraucht sind. Zwecks deren Verwendung wurden zwei Anträge gestellt und der weitestgehende angenommen, der dahin lautet, das Geld der Bezirkskasse einzuverleihen und zu Bildungszwecken zu verwenden. Der Delegierte der Zahlstelle Treuchtlingen erklärte sich hiermit einverstanden. Gegennagels Schlußwort endete mit einem Hoch auf den Steinarbeiterverband.

Kalksteingebiet (Rheinland). Am 22. November 1925 tagte in Eberfeld eine Bezirkskonferenz des Kalksteingebietes D o r n a p - wahlte nochmals ermaunt, die Kampfiondsarbeiten unbedingt zu behandeln in längerer Ausführungen die wirtschaftliche Lage und besprach dann die Situation in der Steinindustrie. Er betonte, daß es überall in der Steinindustrie möglich gewesen sei, bisher die Angriffe der Unternehmer, außer in der Kalkindustrie, zurückzuweisen. Auch hier wäre es möglich gewesen, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen, wenn die Arbeitskollegen besser zur Organisation gefunden und mehr wie bisher ihre Pflicht erfüllt hätten. Mit dem Glauben, ohne Organisation auszukommen, müsse Schluß gemacht werden. Besonders aber ist es notwendig, daß die Kalksteinarbeiter einsehen, daß mit den vielen Tarifkontrahenten keine annehmbaren Lohnverhältnisse zu schaffen seien. Das Referat wurde beifällig aufgenommen. An der Aussprache beteiligten sich die Kollegen Gebhardt, M a r a u n und S o b a n s t y, die sich für eine rege Agitation und Aktivität der Kollegen einsetzten. Zu Punkt 2 gab der Kollege G e g e r t eingehenden Bericht über die Kasernenverhältnisse und den Mitgliederstand. Er wies nach, daß sich seit dem 1. Quartal 1924 bis zum 2. Quartal 1925 die Einnahmen für die Zentrale um 300 Prozent, die der Lokalstelle um 500 Prozent gesteigert hätten. Trotz dieser Erhöhung der Einnahmen liegen die Kasernenverhältnisse noch zu wünschen

Kollege, vergiß nicht die Bestellung eines Steinarbeiter-Kalenders für das Jahr 1926 an den Zahlstellenvorstand. Die Auflage ist nur beschränkt und wird bald vergriffen sein.

Übrig, weil mit größeren Kämpfen und Ausgaben gerechnet werden muß. Nach dem vorhandenen Mitgliederbestand müßten die Einnahmen bedeutend höher sein; eine vorgenommene Buchkontrolle ergab auch, daß ein großer Teil der Mitglieder mit ihrem Beitrag im Rückstand ist. Es liegt daher unsere Pflicht, die Kollegen zu einer regelrechten Beitragszahlung anzuhalten, dadurch wäre ohne weiteres eine bessere Finanzierung des Bezirks gegeben. Möglich ist das aber nur, wenn die Zahlstellenfunktionäre ihre volle Pflicht erfüllen. Es wurde der Beschluß gefaßt, daß in allen Zahlstellen Funktionärstagen einberufen werden und dieser Apparat vergrößert wird, um so innerhalb der Zahlstellen mit einer kräftigen Agitation einsetzen zu können. Von einer allgemeinen Beitrags-erhöhung wurde abgesehen, aber eine Beitragsregulierung ist insofern unbedingt notwendig, daß jeder Kollege den Beitrag leistet, der vom Bezirksvorstand für seine Gruppe vorgegeben ist. Ferner wurde nochmals ermahnt, die Kampfbroschüren unbedingte zu haben, damit die Finanzkraft des Verbandes gestärkt wird. Unter Punkt Verschiedenes wurde der Zahlstelle Gritten überwiesen, für den aus dem Bezirksvorstand ausgeschiedenen Kollegen Baro- u. a. u. einen anderen Kollegen zu wählen. Nachdem die Kollegen sich alle dafür ausgesprochen hatten, tatkräftig für die Agitation und Finanzierung des Verbandes einzutreten, wurde die Konferenz gegen 4 Uhr geschlossen.

Rundschau.

Aus der Kreisverwaltungsverwaltung Osthavelland 1921—1925 wird in der Zeitschrift für Selbstverwaltung vom 1. Dezember unter anderem über den Straßenbau berichtet: Neben den großen Wohnungs- und Siedlungsfragen, die in den letzten Jahren die Verwaltung beherrschten, tritt jetzt mehr in den Vordergrund das große brennende Problem der Wiederherstellung und Umgestaltung der Straßen, den neuzeitlichen Verkehrsbedürfnissen entsprechend. Der Kreissteinbruch, der seinerzeit erworben war, um der Straßenbauverwaltung einen billigen Ankauf ihres Schottermaterials zu ermöglichen, rückte somit in den Vordergrund des Interesses für die künftige Straßenpolitik des Kreises.

Der Bruch hat daher im Laufe der letzten Jahre eine grundlegende Umgestaltung erfahren. Der gesamte Betrieb wurde mit elektrischer Kraft eingerichtet und nach modernen technischen Gesichtspunkten ausgebaut und erweitert.

In der Erkenntnis, daß die Straßen, soweit sie großen Durchgangsverkehr haben, künstlich mit Kleinpflaster versehen werden müssen und dieses Material in nicht genügender Menge aus dem eigenen Bruche herausgeholt wird, hat die Verwaltung veranlaßt, einen neuen Pflasterbruch (auf lange Zeit) in Beyerstorf in unmittelbarer Nähe des alten Bruches zu erschließen. Die Arbeiten sind so weit vorgeschritten, daß mit der Materialgewinnung, das in der Hauptsache für Kleinpflaster geeignet ist, schon begonnen wurde. Auf einer verstärkten Feldbahn in Länge von 1200 Meter wird das das dort gefertigte Material durch Lokomotivbetrieb an das beim Bahnhof Seelingstedt im Bau begriffene Anschlußgleis befördert.

Der Kreissteinbruch umfaßt ein Areal von circa 35 Morgen eigenes Gelände und ist, noch selbst bei verstärktem Abbaubetrieb — Leistung etwa 12 bis 16 Waggons täglich — noch über 100 Jahre abbaufähig. Die Zeit ist nicht fern, wo diese beiden Betriebe den Straßenbauetat des Kreises in erheblichem Maße entlasten werden!

Bestrafung wegen Nichtabführung der Rassenbeiträge. Helmut. Ein von der Allgemeinen Ortskrankenkasse wegen Nichtabführung der Beiträge zur Anzeige gebracht Arbeitergeber erhielt von der Staatsanwaltschaft einen Strafbefehl über 2 Monate Gefängnis zugeschiedt, gegen den er, wie nicht anders zu erwarten war, Einspruch erhob, so daß es zur mündlichen Verhandlung kam. In dieser stellte sich heraus, daß zu einem guten Teil dem Beitrags-schuldner Vorjahr gemäß § 533 RVO. nachgewiesen war. Da man jedoch glaubte, mildernde Umstände anzunehmen zu müssen, zumal der Beschuldigte noch nicht vorbestraft war, beantragte der Vertreter der Staatsanwaltschaft in der Verhandlung 200 RM. Geldstrafe. Der Urteil lautete schließlich auf 100 RM. Geldstrafe und Tragung sämtlicher Kosten. Immerhin dürfte diese Strafe namentlich für andere schon abschreckend genug wirken. In der Begründung wurde angeführt, daß es unverantwortlich sei, vor allen Dingen die den Arbeitnehmern vom Lohne einbehaltenen Beitragsteile den ohnehin um ihre Existenz ringenden Krankenkassen vorzuenthalten. Es sei Pflicht eines Arbeitgeberers, bei der Lohnzahlung auch dafür zu sorgen, daß die Beitragsteile der Arbeitnehmer zumindest zur Stelle seien, sonst verleihe er seine sozialen Pflichten auf das Größteste.

Die Verordnung über die Geschäftsaufsicht soll verschwinden. In den Maßnahmen zur Senkung der Preise, die die Regierung Luther während ihres Rücktritts noch zu treffen glaubte, gehört auch die Aufhebung der Verordnung über die Stellung unter Geschäftsaufsicht. Wenn je ein Umstand, dann hat dieser den überstellten Wirtschaftsanspruch über Gebühr am Leben erhalten. Die Stellung unter Geschäftsaufsicht bedeutet für viele Unternehmungen die unnütze Verlängerung eines unmöglichen Zustandes. Meistens wurde die noch vorhandene Substanz unter dem Deckmantel der Geschäftsaufsicht von den sogenannten Hyänen aufgefressen. Nunmehr soll das Gesetz der Vorriegerzeit wieder in Kraft treten, wonach bei Zahlungsunfähigkeit vor dem Amtsgericht ein Zwangsvergleich unter Beibringung der Unterlagen, Belegen usw. geschlossen werden kann, wenn 75 v. H. der Gläubiger dem zustimmen. Sollte diese Gesetzesvorlage zur Annahme gelangen, dann wird ein wesentlicher Fortschritt nach der Seite der Wirtschaftsbereinigungen erreicht sein. Reichswirtschaftsrat und Reichstag werden sich mit der Vorlage beschäftigen.

Wie die deutsche Industrie beherrscht wird. Während der Inflation schufen die einzelnen Erwerbsgesellschaften in der deutschen Wirtschaft die sogenannten Vorzugs- und Mehrstimmrechts-Aktien. Das Wesen dieser Aktien bestand darin, daß sie für wenig Geld in ganz bestimmte Hände kamen. Man wollte damit einer Ueberfremdung der deutschen Wirtschaft, einem Aufkaufen wichtiger deutscher Industriezweige durch das Ausland vorbeugen. Das geschah dadurch, daß die Inhaber sogenannter Vorzugsaktien ein vielfaches Stimmrecht bekamen und so in der Generalversammlung für jeden Fall die Mehrheit besaßen.

Nach der Inflation ist es im großen und ganzen bei dieser Maßnahme geblieben. Die Vorzugsaktien sind noch immer da und geben ganz gewissen Kreisen die Möglichkeit, weite Teile der deutschen Industrie zu beherrschen. Das Reichsstatistische Amt hat nun eine Statistik veröffentlicht, in welchem Ausmaß der Anflug der Vorzugsaktien in der deutschen Wirtschaft noch grassiert. Erfährt wurden 1595 Gesellschaften mit einem Kapital von 11,2 Milliarden Mark. Davon hatten 880 Gesellschaften mit einem Kapital von 3,6 Milliarden Mark Aktien mit bevorzugtem Stimmrecht ausgegeben. Der eingezahlte Betrag für die Aktien mit bevorzugtem Stimmrecht beträgt 148 Millionen Mark = 2,4 Prozent des gesamten Grundkapitals der Gesellschaften. Auf die gesamten Gesellschaften entfallen rund 186 Millionen Stimmen. Von diesen 186 Millionen Stimmen sind aber 71 Millionen Vorzugsstimmen, d. h. 38 Prozent der Stimmen fallen auf Mehrstimmrechtsaktien und in der Praxis werden Gesellschaften mit einem Kapital von 6,3 Milliarden Mark durch ein Vorzugsaktienkapital in Höhe von 148 Millionen Mark beherrscht. Dieses 148 Millionen Mark Vorzugsaktienkapital ist nun durchweg im Besitz eines kleinen Kreises eng begrenzten Finanzkapitalismus und Industrielapitalismus, die ihre Macht durchweg nicht im Interesse des Volkes und der Wirt-

schaft gebrauchen. Der Zustand ist so ungeheuerlich, daß hier bald Veränderung geschaffen werden muß. Die Vorzugsaktien wurden geschaffen, um einer Ueberfremdung der deutschen Industrie durch das Ausland vorzubeugen. Jetzt, wo sich die Vorzugsaktie infolge der Stabilisierung überlebt hat, wird sie als Mittel mißbraucht, einen überspannten Kapitalismus in Deutschland im Sattel zu halten.

Welche Macht die Vorzugsaktien bedeuten, mag aus folgendem Fall hervorgehen: Die Bergwertsgesellschaft Dahlbusch in Rott-hausen bei Gelsenkirchen gab gelegentlich der Umstellung der Bilanz auf Goldmark Vorzugsaktien in Höhe von 3 Millionen Mark heraus. Die Kleinaktionäre konnten diese Vorzugsaktien nicht kaufen, so daß 2/3 der gesamten Vorzugsaktien an den Großaktionär der Bergwertsgesellschaft Dahlbusch fielen. Das ist eine belgische Firma in Brüssel. Auf die Vorzugsaktien der Bergwertsgesellschaft Dahlbusch entfallen 150 000 Stimmen. Ueber diese verfügt fast restlos die belgische Gesellschaft, während das normale Kapital in Höhe von 12 Millionen Mark nur über 120 000 Stimmen insgesamt verfügt. Das ist geradezu ein klassisches Beispiel für den Anflug der Vorzugsaktie und ein durchschlagender Beweis, wie der Ueberkapitalismus heute in Deutschland sich mit Hilfe einer rückständigen Gesetzgebung am Ruder hält.

Liquidierung des Analphabetentums nach 35 Jahren. Eine interessante Charakteristik der Lage der Volksbildung in Rußland gibt in der Zeitschrift Presse und Revolution (Ausgabe 5—6, 1925) Prof. Kruber in einer Besprechung eines Artikels von Alexandrow: Das System der Volksbildung im Sowjetverbande.

„Alexandrow legt sich keine Rechenschaft ab von dem fieberhaft schwankenden Zustande, den die heutige Schule aller Gliederungen durchlebt, und er überschätzt die Errungenschaften der letzten Jahre. Wir können uns der Meinung nicht anschließen, daß unsere Hochschulen wenig beweglich sind, denn sie werden regelmäßig jedes Jahr, wenn nicht öfter, umgestellt. In Uebereinstimmung mit Alexandrow glauben wir, daß die Hochschulen dezentralisiert werden müßten, beobachtet aber in Wirklichkeit einen entgegengesetzten Prozeß. Dort, wo der Verfasser von den Aufgaben der heutigen, für die allgemeinen Bildungszwecke der Volksmassen bestimmten Schule spricht, sollte er hinzufügen, es müßte zu ihren Aufgaben gehören, das Lesen Schreiben und Rechnen beizubringen, und daß die heutige Schule kaum in der Lage ist, dem Bürger die Möglichkeit zu geben, die elementare Fertigkeit im Arbeiten sich anzueignen.“

Trostlos, aber leider richtig ist die Schlussfolgerung des Verfassers (Alexandrows), daß das Analphabetentum nicht eher als in 3 Jahren wird liquidiert werden können, wenn nicht eine radikale Veränderung im Verhältnis zur Volksbildung eintritt.

Sowohl der optimistisch gestimmte Alexandrow, als auch der große Skeptiker Kruber sind sich darin einig, daß bei den heutigen Methoden der Volksbildung und den jetzigen Maßnahmen zur Bekämpfung des Analphabetentums — dieses größte Uebel Rußlands erst nach 35 Jahren wird liquidiert werden können.

Es ist unbegründlich, wie man bei diesen Verhältnissen mit Befriedigung von „Errungenschaften“ des Sowjetismus der Volksbildung sprechen kann!

Sowjetrussischer Bureautratismus. In einem Artikel mit der bezeichnenden Ueberschrift Ueber unsere dauerhafte Krankheit weist die Prawda vom 26. November darauf hin, daß ungeachtet der hartnäckigen Bekämpfung des Bureautratismus, in dieser Hinsicht sehr wenig erreicht wurde. Zum Beweis führt der Verfasser „nur einen dünnen Attenauszug an über die bei der Arbeiter- und Bauerninspektion eingelaufenen Beschwerden: Aus 51 Gouvernements kamen im Jahre 1924 17 376 Beschwerden. Von diesen entfielen 61,8 v. H. auf endlose Verschleppung, Mißbrauch der Amtsgewalt, geringfügiges Verhalten der Beamten, Defekte des Amtsapparates — also die größte Zahl der Beschwerden waren über Bureautratismus. Die Beschwerdeführer sind hauptsächlich Bauern und Heimarbeiter, von denen 50 v. H. aller Eingaben stammen.“

Der Verfasser betont, daß diesen Beschwerden keineswegs persönliche Gehässigkeit, Rache oder leichtfertige Verdächtigungen zugrunde lagen: „80 v. H. der Beschwerden wurden als richtig anerkannt und befriedigt, und nur 20 v. H. wurden abgewiesen.“

In den ersten neun Monaten dieses Jahres hat sich die Zahl der Beschwerden fast verdoppelt, wobei sie jetzt häufig einen kollektiven Charakter tragen. Der Verfasser weist auch darauf hin, daß der sowjetrussische Bureautratismus neue Formen angenommen hat, sich sozialagen „unterirdisch“ einnistet: So mancher Beamter macht Miene, daß er die Interessen der Bürger, die sich in verschiedenen Angelegenheiten an ihn wenden, gewissenhaft wahrnimmt, in Wirklichkeit aber raubt er den Klienten, durch seine rein formale Beziehung zur Sache, jede Möglichkeit, Abhilfe in ihrer Not zu erlangen. Dieser „unterirdische Bureautratismus“ wird vom Verfasser durch ein treffendes Wort von Lenin charakterisiert: „Formal richtig, aber dem Wesen nach eine Verhöhnung!“

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Alle Krankmeldungen der Mitglieder seitens der Ortsverwaltungen an den Verbandsvorstand haben nur mit Formular I zu geschehen. Mitgliedsbücher und Bescheinigung vom Arzt sind nicht mit einzulegen. Eine Rückantwort erfolgt nur, wenn das Mitglied nicht unterstützungsberechtigt ist. Siehe § 5 Abs. 8, 9 und 10 des Statuts. Wird dieses beachtet, erledigen sich viele Anfragen, die an den Verbandsvorstand gerichtet werden.

Die Verrechnung der Unterstützung erfolgt am Quartalschluß mittels Krankenblocks, der in jeder Zahlstelle vorhanden ist.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Stolz i. B. Die Ziehung der Stolper Volkshaus-Lotterie (?) muß durch das Dazwischentreten des Finanzamtes bis auf weiteres aufgeschoben werden. Ziehung wird auf demselben Wege bekanntgegeben. — Den Kollegen, die etwa an dieser Aufmachung beteiligt sind, mögen von vorstehendem Kenntnis nehmen.

Wildemann. Zum verfloffenen Lohnkampf gingen uns nachstehende Unterstützungen zu: Wieggersdorf 25 Mk., Gahma 15 Mk., Hasserode 50 Mk., Hannover 50 Mk., Kollegen am Ort 9 Mk. Den Gebern dankt die Zahlstelle.

Adressenänderungen.

1. Gau NO. Brandenburg a. d. Havel: Dorf. u. Kass.: Willy Ziesemer, Kl. Gartenstr. 17, I.
1. Gau NW. Icheoe. Kass.: Walter Buschkat, Landstraße 30. — Burteheide. Kass.: Jakob Witt, Horneburg (Niederelbe) im Lichtengrunde.
6. Gau. Kappelrodek. Kass.: Otto Köninger.

Briefkasten.

K. Zugang fernhalten wegen Arbeitsmangel ist bei 60 Prozent der Zahlstellen nötig, kann deshalb den einzelnen Ort nicht bekannt machen.

Gr. u. R. Anjinn bringe ich nicht zum Abdruck. Beschwerde bei Pressekommission zu raten. Ueber russische Gewerkschaftsverhältnisse bisher nichts oder zu wenig gebracht, werde das künftige nachholen.

Beuthen. Ueber Ausschluß entscheidet nur der Verbandsvorstand. Was der Betreffende geredet, ist unkollegial und vielleicht nur in der Erregung gefallen.

Neue Bücher, Zeitschriften.

Moriz Hartmann, Der Krieg um den Wald. Eine Historie. Verlag Büchergilde Gutenberg, Leipzig.

Zur Erinnerung an den Großen deutschen Bauernkrieg von 1525 erscheint dieses Buch des achtundvierziger Demokraten Moriz Hartmann, zur Freude aller, die in den revolutionären Ereignissen den Geist der Freiheit und des Lichtes verspüren. Denn dieser „Krieg um den Wald“, der zwei Jahrhunderte später als der Bauernkrieg auf böhmischem Boden spielt, ist in der Darstellung Hartmanns ein wahrheitsgetreuer Kulturspiegel, der die Erscheinungen künftiger Zeiten in sich prophetisch wiedergibt. Erscheinungen der folgenden Jahrhunderte und der neuesten Zeit, soweit sie politisch und religiös revolutionäre waren, sind bereits im Ideengang dieses Buches angedeutet, zum Teil klar ausgesprochen worden. Der Streit zweier böhmischer Dörfer um den Gemeindegeld entzweit einen blutigen Krieg, in dem sich die Bauern in Erbitterung und Empörung selbst vernichten, weil sie noch zu unreif sind für die Erkenntnis, „daß man zusammenhalten muß in so rechtloser Zeit, um sich selbst Recht zu verschaffen“. Eine Fülle trefflich gemalter Bilder vereinigen sich zu einem bedeutungsvollen geschichtlichen, sozialen und kulturellen Hintergrund, vor dem sich in lebendiger Anschaulichkeit die Zeit absolutistischer Kaiser-, Adels- und Pfaffenherrschaft und das große Dulden armer, geknechteter Untertanen erhebt. So grauig und niederdrückend oft die Einzelheiten auf das Gemüt des Lesers einwirken mögen, immer wieder verspürt man doch auch den lindernenden Hauch des Mitleids und der Liebe, mit welcher der Dichter jedes atmende Wesen umfängt und nicht zuletzt auch seine aus dem Innersten aufquellende Treue und Hingabe an die heimatische Scholle, deren Wälder, Berge, Menschen und Tiere er zuweilen mit den Augen des verkümmerten Romantikers schaut. Erdgebunden stehen diese Schollenmenschen vor uns, deren Schicksal und Leid auch das unsere ist und deren Kampf auch wir heute noch kämpfen müssen. Und wir erheben bei dem Gedanken, daß das Antlitz der Erde geschändet wird allein durch die Brutalität des Menschen und daß sein Irrtum sich fortpflanzt durch die Jahrhunderte, bis auf den heutigen Tag. Aber gerade der traurige Ausgang, mit dem der Dichter seine Geschichte abschließt, gibt uns auch die Kraft und den Willen, das zu erringen, was den Bauern von 1525 und denen von 1744 noch fehlte: Klares Bewußtsein der eigenen Lage, geistige Reife und „das Zusammenhalten, um sich selbst Recht zu schaffen“. Denn auch die Arbeiter und Bauern von heute stehen in einem „Krieg um den Wald“, und das ist der Kampf um ihre Befreiung.

Diese Historie Moriz Hartmanns, die mehr als ein unterhaltender Roman ist, ist wohl angetan, Kampfwillen, klare Entscheidung und gläubige Zuversicht in uns zu schüren.

Die Mitgliedschaft bei der Büchergilde Gutenberg kann von jedermann erworben werden. Das Eintrittsgeld beträgt 75 Pfg. und der monatliche Beitrag 1 Mark. Dafür erhält jedes Mitglied monatlich eine Zeitschrift und vierteljährlich ein inhaltlich und buchtechnisch gut ausgestattetes Werk. Den Mitgliedern steht außerdem das Vorzugsrecht zum Bezuge von Büchern aus einer Auswahlreihe zu.

Senff-Georgi, Das lustige Vortragbuch. 320 Seiten, Bierfarbentitelbild von Koch-Gotha, Preis gebunden 4,75 Mark. Max Hesses Verlag, Berlin W 15.

Fröhlichkeit und Frohsinn kann in dieser schweren Zeit jeder gebrauchen. Hier ist ein Buch, das uns immer und immer wieder einen erfrischenden Trunk aus der klaren Quelle deutschen Humors tun läßt. In dem 320 Seiten starken neuen Band gibt der bekannte Vortragskünstler das Beste, das deutscher Humor in Poesie und Prosa bis zur jüngsten Gegenwart geschaffen hat. Das Buch enthält 270 köstliche Vortragstüde von 107 Schriftstellern, darunter die glänzendsten Namen der Gegenwart. Den Schluß bildet eine reiche Auswahl lustigster Schnurren und Anekdoten. Die ausgelassene Stimmung ist immer die gleiche: alles bezwingende Fröhlichkeit. Wer sich einige Stunden erheitern oder wer in Gesellschaft etwas vortragen will, der greife nach dieser Fundgrube deutschen Humors, die sich infolge ihrer begabten Ausstattung besonders als Weihnachtsgeschenk eignet.

Volk von morgen. Der Hamburger Reichsjugendtag der deutschen Arbeiterjugend, von ihr selbst erzählt. Illustriert, 112 S., Preis 2 Mk. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Platz 8.

„Volk von morgen“, das Buch vom Hamburger Jugendtag, ist ein rechtes Weihnachtsbuch. Möchten es doch alle Arbeiterkernern ihren Kindern unter den Weihnachtsbaum legen! Möge es sich doch die Jugend gegenfeitig schenken, und wenn es auf diese Weise auch in die Hände jener lebendigen Jugend kommt, die nicht durch Geburt zum Arbeiterlager gehört, so wird es dort allen Unentschlossenen zeigen, wo ihr „Volk von morgen“ steht.

Anzeigen

Berlin. Berlin.

Das Ortsbureau ist zwischen Weihnachten und Neujahr zur Aufarbeitung angesammelter schriftlicher Arbeit geschlossen. Die Ortsverwaltung. I. A.: G. Nitsche.

BÜCHER

die in keiner Zahlstelle fehlen dürfen, für Betriebsräte u. Gewerkschaftsfunktionäre empfohlen
Verlag des ADGB., Berlin S. 14
Inselstraße 6.

Pilasterhämmer

sowie sämtliche Werkzeuge für Straßenbau und Steinschlag
Franz Mager sen., Inh. Reinhold Mager
Berlin N. 20, Hochstraße 19.

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur oetzerigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingetanzt werden

In Hiddessen am 4. November der Sandsteinmeß Wenzel Pfeiffer, 56 Jahre alt, Rippenfellentzündung.

In Gummersbach am 21. November der Hilfsarbeiter Richard Marx, 24 Jahre alt, Berufsunfall

In Dresden-Pirna am 2. Dezember der Sandsteinmeß Joseph Brigt, 51 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In Striegau am 3. Dezember der Brecher Oswald Ulrich, 59 Jahre alt, Gelbucht.

In Bunzlau am 3. Dezember der Hilfsarbeiter August Otto, 63 Jahre alt, Herzleiden.

In Hamburg am 5. Dezember der Steinmeß Franz Hunte, 46 Jahre alt, Lungentzündung.

In Rostock am 6. Dezember der Steinsäger Fritz Jäger, 73 Jahre alt, Herzschlag.

Ehre threm Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung, Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler beide in Leipzig
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig